



<http://www.laender-analysen.de/russland/>

RUSSLAND UND SYRIEN

■ VON DER REDAKTION		
Die Osterpause und danach		2
■ ANALYSE		
Russlands Syrienpolitik: Interessen, (Miss)erfolge, Chancen für eine gemeinsame Konfliktlösung	Margarete Klein, Berlin	2
■ ANALYSE		
Die Auswirkungen des Syrienkonfliktes auf Russlands Beziehungen zu anderen Ländern im Nahen Osten und Nordafrika	Mark N. Katz, Fairfax, VA	6
■ ANALYSE		
Bürgerkrieg oder Antiterror-Kampf?	Der Syrienkonflikt im Spiegel der russischen Medien	9
	Philipp Casula, Zürich	
■ STATISTIK		
Handel zwischen Russland und Syrien nach offiziellen Angaben		12
	SIPRI über Waffenlieferungen an Syrien	13
■ UMFRAGE		
Der Syrienkonflikt in russischen Umfragen		16
■ NOTIZEN AUS MOSKAU		
Was tun mit Russland?		
Wie die USA und die EU aus unterschiedlichen Gründen zur gleichen Russlandpolitik finden		19
	Jens Siegert, Moskau	
■ CHRONIK		
Vom 6. bis zum 21. März 2013		21

Die Osterpause und danach

Die Russland-Analysen gehen für vier Wochen in die Osterpause. Die nächste Nummer erscheint am 18. April 2013. Wir werden uns dann u. a. mit der Zollunion und dem Rechtsextremismus in Russland befassen.

Einstweilen wünschen wir Ihnen aber frohe Ostertage und eine gute Erholung

Matthias Neumann, Hartmut Schröder, Christoph Laug und Henning Schröder

ANALYSE

Russlands Syrienpolitik: Interessen, (Miss)erfolge, Chancen für eine gemeinsame Konfliktlösung

Margarete Klein, Berlin

Zusammenfassung

Der Syrienkonflikt ist einer der wenigen internationalen Konflikte, in denen Moskau eine zentrale Rolle spielt. Dabei brachte seine Verweigerungshaltung gegenüber jeglichen Versuchen, im Rahmen des UN-Sicherheitsrats internationalen Druck auf das Regime Assad auszuüben, Moskau scharfe Kritik westlicher und regionaler Akteure ein und beschädigte das Image Russlands in der arabischen Welt. Welche Interessen, Motive und Perzeptionen prägen Moskaus Haltung im Syrienkonflikt? Wie erfolgreich ist Russlands Politik – gemessen an seinen Interessen? Und in welchem Rahmen bestehen Chancen für eine gemeinsame Konfliktlösung mit Moskau?

Russlands Haltung im Syrienkonflikt

Von Anfang an nahm Russland im Syrienkonflikt eine klare Haltung ein, die es trotz aller Kritik aus dem Westen und der Region selbst bis heute beibehalten hat: die Kämpfe zwischen Regime und Opposition seien nur inner-syrisch zu lösen, nämlich durch ergebnisoffene Verhandlungen zwischen beiden Seiten, wobei der Rücktritt Assads keine Vorbedingung sein dürfe. Eine Einmischung externer Kräfte wird strikt abgelehnt, wobei sich dies nicht nur auf die Bewaffnung der Opposition oder eine militärische Intervention, sondern auch auf die Verhängung von Sanktionen oder die bloße Ausübung einseitigen diplomatischen Drucks auf die Führung in Damaskus bezieht. Dementsprechend blockierte Russland nicht nur Resolutionsentwürfe im UN-Sicherheitsrat, die Sanktionen vorgesehen hätten (Oktober 2011, Juli 2012), sondern auch solche, die lediglich die Gewaltanwendung durch das syrische Regime verurteilt hätten, ohne dass zugleich die Regimegegner ebenfalls verurteilt und zum Gewaltverzicht aufgerufen würden (Februar 2012).

Die Führung Russlands gibt vor, damit eine neutrale Haltung einzunehmen. Mehrmals betonten Präsident Putin, Außenminister Lawrow und Ministerpräsident Medwedew, dass ihr Land – im Gegensatz zu den westli-

chen Staaten oder den Golfmonarchien – nicht einseitig Partei ergreife. Das konkrete Verhalten Russlands konterkariert jedoch de facto den Anspruch auf Neutralität. Denn bis heute unterstützt Moskau das Regime Assads auf vielfältige Weise. Erstens stützt man auf internationaler Bühne die Legitimationsstrategie der syrischen Führung. Durch eine Darstellung der Opposition primär als einer Gruppe von »Fanatikern«, Islamisten oder Terroristen wird die Schuld am Gewaltausbruch implizit ihr zugewiesen. Zweitens liefert Moskau weiterhin Waffen an die syrische Regierung, darunter Luftabwehrsysteme (Buk-M2 [Nato-Code: »SA-17 Grizzly«] und Panzir-S1 [Nato-Code: »SA-22 Greyhound«]) und Helikopter. Russland verweist darauf, dass die Exporte nach internationalem Recht zulässig seien. Schließlich hat der UN-Sicherheitsrat – aufgrund russischer und chinesischer Weigerung – bislang kein Waffenembargo verhängen können. Als verlässlicher Exporteur – so die russische Rechtfertigung – sei Moskau daher verpflichtet, bestehende Verträge zu erfüllen. »Neue Lieferungen« seien aber suspendiert worden, erklärte Wjatscheslaw Dsirkaln vom Föderalen Dienst für Militärtechnische Zusammenarbeit im Juli 2012. Drittens hilft Moskau dem Regime Assad auch beim wirtschaftlichen Überleben. Nachdem der Druck syrischer Banknoten in Öster-

reich durch EU-Sanktionen eingestellt wurde, sprang nach Angaben des syrischen Botschafters in Moskau die russische Staatsdruckerei »Gosznak« ein. Nach westlichen Presseberichten sollen zwischen Juli und September 2012 auf diesem Weg 240 Tonnen Banknoten nach Syrien gelangt sein. Die syrische Regierung benötigt die Gelder, um wichtige Importgüter zu kaufen, sowie zur Sicherung politischer Unterstützung im Inneren.

Wirtschaftliche und militärische Interessen: nur peripher von Bedeutung

Welche Interessen und Motive prägen die russische Syrienpolitik? Zu Beginn des Konflikts wurde viel über die materiellen Interessen Moskaus spekuliert: über die Rüstungsexporte und die Marinebasis Tartus. Der Verlauf des Konflikts zeigte aber, dass beide nur von nachgeordneter Bedeutung sind und bei weitem nicht ausreichen, die russische Haltung zu erklären.

Bei den Außenhandelspartnern Russlands liegt Syrien mit einem Umfang von 855 Mio. Euro im Jahr 2011 auf dem zu vernachlässigenden 35. Platz – hinter Tunesien (871 Mio. Euro), Marokko (1,4 Mrd. Euro), Israel (1,5 Mrd. Euro), Ägypten (1,9 Mrd. Euro), dem Iran (2,7 Mrd. Euro) und der Türkei (15,4 Mrd. Euro). Lediglich für die russische Rüstungsindustrie war Syrien in der Vergangenheit ein wichtiger Abnehmer. Die Sorge um Bestandswahrung und Zukunftsaussichten der Rüstungsverträge können Moskaus Haltung aber nicht erklären. Schließlich ist die Bedeutung Syriens für Russlands Rüstungsindustrie seit Beginn der gewaltsamen Auseinandersetzungen gesunken. Hatte Damaskus nach Angaben des »Moscow Defense Brief« bei den identifizierbaren Lieferungen im Jahr 2011 noch einen Anteil von 8 %, so sank dieser 2012 auf 4 %. Bei den neu unterzeichneten Rüstungsverträgen im Jahr 2011 schrumpfte der Anteil Syriens noch drastischer – von 15 % im Jahr 2011 auf de facto 0 % 2012. Schließlich wurden neue Verträge 2012 entweder nicht abgeschlossen oder suspendiert. Ganz gleich, ob der Bürgerkrieg in Syrien anhält, ob Assad sich durchsetzt oder die Opposition gewinnt – für Russlands Rüstungsindustrie dürfte Syriens Waffenmarkt kurzfristig verloren sein. Gewinnt die Opposition, ist mit keinen neuen Großverträgen zu rechnen. Aber selbst wenn Moskau weiter liefern kann – weil sich Assad durchsetzt oder der Bürgerkrieg anhält –, wird sich die Frage nach der Zahlungsfähigkeit der syrischen Regierung stellen. Bereits in der Vergangenheit ist dies ein Streitpunkt im russisch-syrischen Waffenhandel gewesen. Drittens ist für Russlands militärisch-industriellen Komplex allgemein die Bedeutung des Exports gesunken. War der Export bis in die frühen 2000er Jahre für das Überleben dieser Branche entscheidend, stammten Ende 2012 nach Angaben Dmitrij Rogosins

nurmehr 22 % der Einnahmen der Rüstungsindustrie aus dem Verkauf ins Ausland. 45 % machten Aufträge des russischen Verteidigungsministeriums und 33 % Verkäufe ziviler Produkte aus. Darauf, dass ökonomische Verluste durch ein Waffenembargo gegen Damaskus durchaus verkraftbar wären, verweist das libysche Beispiel. Im Februar 2011 hatte Moskau im UN-Sicherheitsrat einem Waffenembargo zugestimmt; die damals genannten Zahlen zu möglichen Verlusten – ca. 4 Mrd. US-Dollar – sind ähnlich hoch wie in Syrien. Zudem dürfte Russland einen solchen Verlust auch teilweise kompensieren können, indem es die für Syrien bestimmten Waffen an andere Abnehmer liefert, so der Militärexperte Ruslan Puchow.

Ebenso wenig wie ökonomische Motive können militärische Interessen die Haltung Moskaus im Syrienkonflikt erklären. Der Versorgungs- und Reparaturstützpunkt in Tartus stellt die einzige Marinebasis Russlands außerhalb des postsowjetischen Raums dar. Dieser wird benötigt, um Einsätze über einen längeren Zeitraum im Mittelmeer bzw. am Horn von Afrika durchführen zu können. Wird der im März 2013 von Verteidigungsminister Schojgu bekannt gegebene Plan, bis 2015 eine permanente Marinepräsenz im Mittelmeer aufzubauen, umgesetzt, dürfte Tartus dabei tatsächlich ein wichtiger Baustein sein. Es ist davon auszugehen, dass Moskau sich mit einer konzilianteren Haltung gegenüber der syrischen Opposition die Nutzungsrechte für Tartus auch über einen Machtwechsel hinaus hätte sichern können; aber selbst wenn dies nun in Frage stehen dürfte, sollte die strategische Bedeutung des Marinestützpunkts nicht überbewertet werden. In vielem dient Tartus eher der Großmachtdemonstration Russlands; zur Abwehr der realen sicherheitspolitischen Gefahren müssten vielmehr die Schwarzmeerflotte und die Kaspische Flotille gestärkt werden.

Eine Frage des Prinzips

Die eigentlichen Motive der russischen Syrienpolitik gehen über materielle Interessen hinaus. Sie betreffen grundlegende Fragen der internationalen Ordnung und regionalen Machtbalance, aber auch konkrete sicherheitspolitische Risiken für Russland selbst. Der »arabische Frühling« warf für die internationale Gemeinschaft erneut die Frage auf, wie mit dem Spannungsverhältnis zwischen staatlicher Souveränität und Schutzverantwortung (»responsibility to protect« – »R2P«) umzugehen ist. War Moskau in Libyen noch bereit, der westlichen Interpretation entgegen zu kommen, so wirkte gerade die Erfahrung mit diesem Konflikt verhärtend auf die russische Position. Im Februar und März 2011 hatte Russlands Führung sowohl einem Waffenembargo zugestimmt, als auch der UN-Sicherheitsratsresolution 1973,

die die Mitgliedstaaten ermächtigte, »alle notwendigen Maßnahmen« zum Schutz der libyschen Zivilbevölkerung zu ergreifen. Die breite Auslegung derselben durch die an der Militäroperation beteiligten westlichen Staaten wurde in Moskau jedoch sowohl als Verletzung der Resolution, als auch als Bestätigung einer zynischen westlichen Politik gesehen, die humanitäre Motive lediglich als Deckmantel für geopolitische und wirtschaftliche Interessenmaximierung einsetzt. In Bezug auf Syrien fürchtet Russland, dass der Sturz Assads auch der Schwächung des russischen Einflusses in der Region sowie der Destabilisierung des Iran dienen soll. Seit Libyen gilt daher als Mantra der russischen Außenpolitik: Eine Wiederholung dieses Szenarios darf nicht zugelassen werden!

Es wäre falsch, die Divergenzen zwischen Moskau und den westlichen Staaten im Syrienkonflikt als Wiederaufleben des »Kalten Krieges« oder gar als »Stellvertreterkrieg« zu bezeichnen, wie es in manchen reißerischen Presseberichten geschieht. Weder geht es um Ideologie, noch ist Assad eine Marionette Russlands. Vielmehr geht es um konträre Ansichten zur Ausgestaltung der internationalen Ordnung und den Anspruch Russlands, diese mitzubestimmen. Moskau lehnt die »R2P« nicht prinzipiell ab, will diese aber an enge Grenzen gebunden wissen, nämlich beschränkt auf den Schutz der Zivilbevölkerung und ohne das Ziel eines »Regime Change« von außen. Dahinter steht eine traditionelle Interpretation staatlicher Souveränität. Diese hat auch eine innenpolitische Begründung. Schließlich stellt eine Aufweichung des Nichteinmischungsgebots für die autoritäre Führung in Moskau auch aus Gründen des eigenen Machterhalts ein Gefahrenszenario dar.

Sorge vor islamistischer Proliferation

Neben Fragen der internationalen Ordnung bestimmt auch die Sorge vor negativen sicherheitspolitischen »Spillover-Effekten« die russische Syrienpolitik. Während der »arabische Frühling« im Westen oft mit den Revolutionen in Ostmitteleuropa Ende der 1980er Jahre in Verbindung gebracht wurde und dementsprechend Hoffnungen auf Demokratisierung weckte, waren russische Experten von Beginn an wesentlich skeptischer. In Moskau Führung wurden die Demonstrationen und Aufstände fast unisono negativ konnotiert – als Beginn von Chaos, regionaler Instabilität sowie zunehmender Radikalisierung und Islamisierung. Dabei spielt sicherlich der autoritäre Charakter des russischen politischen Systems eine Rolle, dessen Führung gesellschaftliche Mobilisierung jenseits staatlicher Kontrolle als Gefahr betrachtet. Diese Erklärung allein stellt jedoch eine unzulässige Verengung dar und blendet die spezifischen historischen Erfahrungen und ethno-religiösen Bedingungen Russlands aus. Der Zusammenbruch der kommunistischen

Herrschaft ging in Russland und vielen postsowjetischen Staaten nicht mit Rechtsstaatlichkeit und ökonomischer Prosperität einher, sondern mit ethno-territorialen, politischen und religiösen Konflikten. Die Hoffnung, dass Ägypten, Tunesien, Libyen und Syrien – Länder mit schwacher Zivilgesellschaft und großen ökonomischen Problemen – den Weg der ostmitteleuropäischen Transformationsländer beschreiten, wird von den meisten Experten und Politikern in Russland daher als naiv betrachtet. Vielmehr sei die Etablierung islamistischer Regime zu befürchten. Als Beleg dafür werden die Wahlergebnisse in Tunesien und Ägypten sowie die Einmischung Saudi-Arabiens und der Golfmonarchien in den syrischen Bürgerkrieg gesehen.

Für Moskau stellt diese Entwicklung auch sicherheitspolitisch ein Risiko dar. Es wird befürchtet, dass dadurch islamistische Kräfte im Nordkaukasus und Zentralasien Unterstützung erhalten könnten. Zwar ist unklar, welche Beziehungen zwischen islamistischen Kämpfern in Syrien und dem Nordkaukasus (insbesondere dem »Kaukasischen Emirat«) bestehen. Das »Volga Center for Regional and Ethno-Religious Studies« nannte im März 2013 die Zahl von ca. 200 russischsprachigen Salafisten, die in Syrien kämpften; die Verlässlichkeit dieser Daten lässt sich jedoch nicht überprüfen. Auf die fragile Ausgangssituation im Nordkaukasus verweist jedoch allein die hohe Zahl von 733 Menschen, die dort 2011 bei bewaffneten Auseinandersetzungen und Terroranschlägen getötet wurden. Daneben brachte der Syrienkonflikt auch einen ethnischen Konflikt – die Tscherkessenfrage – aus der Vergangenheit zurück in die Gegenwart. Nach der Vertreibung der Tscherkessen aus dem Nordkaukasus 1864 hatten sich Zehntausende im heutigen Syrien angesiedelt; da sie – wie viele Minderheiten – zu den Anhängern des Assad-Regimes gehören, fürchten sie die möglichen Konsequenzen nach dessen Sturz. Seit 2011 brachten Vertreter der tscherkessischen Diaspora daher die Forderung nach einem Rückkehrrecht in das heutige Russland vor. Von der Moskauer Führung wurde das bislang aber zurückhaltend bis ablehnend beschieden, um die ohnehin fragile ethnische und sozioökonomische Lage im Nordkaukasus nicht weiter zu destabilisieren. Vor dem Hintergrund der 2014 anstehenden Olympischen Spiele in Sotschi kann die Tscherkessenfrage aber neben der Gefahr islamistischer Terroranschläge erneut an Brisanz gewinnen.

Der Syrienkonflikt: Erfolg oder Misserfolg russischer Außenpolitik?

Wie erfolgreich – gemessen an den Interessen und Motiven – war Russlands Syrienpolitik bisher? Die Bilanz fällt gemischt aus. Einerseits konnte Moskau sein Schre-

ckensszenario – ein »zweites Libyen«, einen weiteren Fall humanitärer Intervention – vermeiden. Auch ist Russland im Syrienkonflikt nicht marginalisiert worden, sondern konnte seinen Anspruch, von den übrigen Mächten als zentraler Akteur wahrgenommen zu werden, wahren. Allerdings zeigte sich deutlich, dass der Einfluss Moskaus primär auf seiner Verhinderungsmacht durch den permanenten Sitz im UN-Sicherheitsrat beruht; eine Gestaltungsmacht besitzt Russland nur begrenzt. Zwar rühmt sich Moskaus Führung, Assad dazu bewegt zu haben, Annans Friedensplan zuzustimmen und politische Reformen anzukündigen. Einen entscheidenden Schritt auf dem Weg zur vorgeschlagenen Konfliktlösung – z. B. durch eine erfolgreiche Vermittlungsaktion zwischen Regime und Opposition – konnte es aber nicht erreichen.

Dem stehen die Kosten der russischen Syrienpolitik gegenüber. Dazu gehören der Imageverlust in der arabischen Gesellschaft sowie die angespannten Beziehungen zu den meisten Regionalmächten. Während sich das Verhältnis zu Saudi-Arabien und Katar spürbar verschlechterte, gelang es Moskau aber mittels Dialog und Ausbau wirtschaftlicher Kooperation, den Schaden bei anderen Regionalmächten und -organisationen – wie der Türkei, der Arabischen Liga oder dem Golf Kooperationsrat – zu begrenzen (siehe den Artikel von Mark N. Katz ab S. 6). Prophylaktische Schadensbegrenzung versuchte Moskau auch gegenüber der syrischen Opposition zu betreiben. So traf sich Außenminister Lawrow mehrmals mit Vertretern der Regimegegner – allerdings vor allem mit der gemäßigten inner-syrischen Opposition; die Kontakte zur Exilopposition sind angespannt. Hier hat die Glaubwürdigkeit Russlands am stärksten gelitten, vor allem, nachdem Moskau während des Massakers in Homs im Februar 2012 nicht einmal zu einer bloßen Verurteilung des Assad-Regimes bereit war. Im Fall eines Machtwechsels in Damaskus ist daher davon auszugehen, dass Russland materielle Verluste (z. B. die Nutzungsrechte für Tartus) und einen deutlichen Verlust an politischen Einfluss wird hinnehmen müssen. Aber auch wenn der Bürgerkrieg anhält, kann Russlands negatives Image bei den syrischen Rebellen zumindest für die im Land verbliebenen ca. 30.000 russischen Bürger zu einem ernststen Sicherheitsproblem werden.

Chancen für gemeinsame Konfliktlösung?

Welche Chancen ergeben sich vor dem Hintergrund der russischen Interessen und Motive für eine gemeinsame Konfliktlösung mit den westlichen Staaten? Wie Dmitrij Trenin vom »Carnegie Moscow Center« schreibt, existiert trotz aller Divergenzen eine Schnittmenge gemeinsamer Interessen: weder Russland noch den USA oder

den europäischen Staaten ist daran gelegen, dass der Bürgerkrieg in Syrien anhält und/oder sich dort ein islamistisches Regime etabliert und/oder Syrien zum Exporteur sicherheitspolitischer Risiken (Proliferation chemischer Waffen, Terrorismus etc.) entwickelt. Paradoxerweise kann diese gemeinsame Schnittmenge heute größer und für beide Seiten sichtbarer sein als zu Beginn des Konflikts: Erstens mag das Schwarz-Weiß-Denken beider Seiten einem realistischeren Bild – sowohl der Opposition als auch des Regimes – gewichen sein, was zu einer gewissen Annäherung beider Seiten führen könnte. Zweitens ist die Lösung der sicherheitspolitischen Probleme aufgrund der zunehmenden Gefahr von Spillover-Effekten noch dringlicher geworden. Der Giftgasangriff in Aleppo bestätigte dies noch einmal.

Damit eine gemeinsame Konfliktlösung gelingt, bedarf es aber Kompromissbereitschaft auf beiden Seiten. Schließlich ist die zugrunde liegende Schnittmenge gemeinsamer Interessen primär *ex negativo* definiert; zwar dürfte es Russland und den westlichen Staaten leicht fallen, sich auf einige positive Zielsetzungen zu einigen, wie den Schutz der Minderheiten und der Religionsfreiheit. Entscheidend wird aber sein, ob beide Seiten bereit sind, sich auf ein gemeinsames Vorgehen zu verständigen und dabei eigene Bedingungen aufzugeben. Ein solcher Weg wäre, wie vom UN-Sondergesandten Brahimi vorgeschlagen, die Konkretisierung der Genfer Erklärung vom Juni 2012. Dazu müsste aber Moskau gewillt sein, einer Vorbedingung der syrischen Opposition zuzustimmen, nämlich dass Assad nicht Teil der Verhandlungen sein kann. Die westlichen Staaten wiederum sollten während eines solchen Verhandlungsprozesses auf eventuell konfliktverschärfende Schritte – wie die Bewaffnung der Rebellen – verzichten.

Sind beide Seiten dazu bereit? Einerseits gibt es durchaus positive Signale. So fanden im Dezember 2012 und Januar 2013 trilaterale Treffen zwischen Brahimi und den stellvertretenden Außenministern der USA und Russlands statt. Auch scheint in anderen Bereichen wieder Dynamik in die russisch-amerikanischen Beziehungen gekommen zu sein. Fortschritte bei zentralen Konfliktpunkten wie der Raketenabwehr könnten sich positiv auf Gespräche zu Syrien auswirken. Andererseits könnten beide weiterhin versucht sein, den »schwarzen Peter« der anderen Seite zuweisen. Seit Putins Rückkehr ins Präsidentenamt ist Anti-Amerikanismus wieder fester Bestandteil innen- und außenpolitischer Propaganda geworden. Washington und den europäischen Staaten wiederum kam der Sündenbock Russland, auf den sich die geballte westliche und arabische Kritik in der Syrienfrage konzentrierte, manchmal vielleicht auch nicht unrecht; lenkt er doch von eigener Uneinigkeit und Interventionsmüdigkeit ab.

Aber selbst wenn Russland und die westlichen Staaten sich auf einen gemeinsamen Konfliktlösungsversuch einigen könnten, wäre damit nur ein erster Schritt getan.

Ob sie die Beteiligung der innersyrischen Konfliktparteien sicherstellen könnten, wäre dann die nächste Frage.

Über die Autorin

Dr. Margarete Klein ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Russland/GUS an der Stiftung Wissenschaft und Politik. Ihre Arbeitsschwerpunkte sind die russische Außen-, Sicherheits- und Militärpolitik.

Lesetipps

- Trenin, Dmitri: *The Mythical Alliance. Russia's Syria Policy*. Moskau: Carnegie Moscow Centre, 2013.
- Charap, Samuel: *Russia, Syria and the Doctrine of Intervention*, in: *Survival*, 55.2013, Nr. 1, S. 35–41.

ANALYSE

Die Auswirkungen des Syrienkonfliktes auf Russlands Beziehungen zu anderen Ländern im Nahen Osten und Nordafrika

Mark N. Katz, Fairfax, VA

Zusammenfassung

Die fortgesetzte Unterstützung Moskaus für die Anstrengungen der Assad-Diktatur zur Unterdrückung ihrer Gegner hat sich nicht nur auf Russlands Beziehungen zum Westen negativ ausgewirkt, sondern auch auf seine Beziehungen zu vielen anderen Staaten, die die syrische Opposition unterstützen. Das allerdings in sehr unterschiedlichem Maße.

Dieser Beitrag untersucht, in welcher Weise der Konflikt in Syrien die Beziehungen Russlands zu den sunnitisch geprägten Regierungen in sechs wichtigen Staaten des Nahen Ostens und Nordafrikas beeinträchtigt hat, die in Opposition zum Regime Assad und dessen Unterstützung durch Russland stehen (Saudi-Arabien, Katar, Türkei, Jordanien, Ägypten und Libyen); aus Platzgründen können hier nicht mehr Länder betrachtet werden. Anschließend sollen die Auswirkungen des Konfliktes auf die Beziehungen Moskaus zum Nahen Osten insgesamt beschrieben werden.

Saudi-Arabien

Der Konflikt in Syrien hat Moskaus Beziehungen zum Königreich in besonderer Weise beeinträchtigt. Die russisch-saudischen Beziehungen, die während des Kalten Krieges nicht existent waren, haben sich dann in den 1990er und 2000er Jahren, als Moskau dem Königreich eine Unterstützung der tschetschenischen Rebellen vorwarf, im Großen und Ganzen schlecht gestaltet: Offizielle und Beobachter in Russland waren der Ansicht, dass Riad eine Zunahme des sunnitischen Radikalismus in den muslimischen Teilen Russlands, Zentralasiens und des Kaukasus fördere. 2003 kam es jedoch zu einer Annäherung zwischen den beiden Ländern. Während einige Differenzen bestehen blieben (hauptsächlich in der Haltung zum Iran), schienen die beiden Länder ein gemeinsames Interesse an einer Festigung des Status Quo in der Region zu haben. Moskau hoffte insbesondere, dass verbesserte Beziehungen zu Saudi-Arabien

einen umfangreichen Export von Waffen und anderen Gütern sowie Investitionsmöglichkeiten für russische Ölfirmen dort mit sich bringen würden.

Kurz nach Ausbruch des arabischen Frühlings Anfang 2011 kam es jedoch wieder zu Spannungen zwischen Moskau und Riad. Da Saudi-Arabien die Oppositionen gegen die von Moskau gestützten Regime in Libyen und besonders in Syrien unterstützte, verstärkte sich wieder das alte russische Bild von Saudi-Arabien als Förderer radikaler sunnitischer Islamisten nicht nur im Nahen Osten, sondern auch in Russland selbst. Viele Beobachter in Russland stellen Saudi-Arabien als Kraft dar, die noch finsterner sei als die USA. Während die Unterstützung der Obama-Regierung für die Aufstände in den arabischen Ländern auf der – aus Moskauer Sicht falschen – Vorstellung gründe, dass Demokratie in arabischen Ländern möglich ist, unterstütze Saudi-Arabien, das in Moskau nicht als Vorkämpfer für Demokratie gilt, die Protestbe-

wegungen bewusst, um sunnitischen Radikalismus zu stärken. Auch zeigten sich Beobachter in Russland enttäuscht, dass Moskaus frühere Hoffnungen auf eine Ausweitung der Wirtschaftsbeziehungen zum Königreich sich weitgehend nicht erfüllt haben. Ohne Linderungsfaktoren werden die russisch-saudischen Beziehungen wohl äußerst gereizt bleiben, solange der Konflikt in Syrien anhält; vielleicht sogar darüber hinaus

Katar

Russlands Beziehungen zu Katar, die sich bereits vor dem Syrien-Konflikt oft schwierig gestalteten, haben sich durch den Aufstand in Syrien ebenfalls verschlechtert. Wie im Falle Saudi-Arabiens sieht Moskau in Katars Unterstützung für die syrische Opposition den Wunsch, sunnitischen Radikalismus sowohl innerhalb Syriens als auch darüber hinaus zu stärken, etwa im Nordkaukasus. Moskau ist besonders durch den Umstand verärgert, dass ein so kleines Land wie Katar sich in Opposition zu Russlands Interessen verhält. Die Differenzen zwischen Katar und Russland über Syrien haben jedoch den russischen Gasriesen Gazprom nicht daran gehindert, im Dezember 2012 ein Abkommen über den Erwerb »großer Mengen« verflüssigten Erdgases (LPG) von Katar zu unterzeichnen und dort im Februar 2012 eine Vertretung zu eröffnen.

Türkei

Zwischen Moskau und Ankara ist es wegen Syrien zu ernst zu nehmenden Differenzen gekommen. Die Türkei, die die Versorgung einer wachsenden Zahl von Flüchtlingen aus Syrien sowie grenzüberschreitenden Beschuss durch syrische Regierungstruppen zu bewältigen hat, war unzufrieden, dass Moskau weiterhin das Assad-Regime unterstützt. Moskau wiederum ist verärgert, dass Ankara die syrische Opposition unterstützt sowie den Rücktritt Assads und – was noch beunruhigender für Russland ist – ein aktives NATO-Engagement in Syrien gefordert hat. Besonders aufgebracht war Moskau, als die Türkei im Oktober 2012 ein Flugzeug zur Landung zwang, das sich auf dem Weg von Russland nach Syrien befand. Es hatte Hinweise aus den USA gegeben, dass russische Waffen für Damaskus an Bord seien. Einem russischen Pressebericht zufolge, habe es sich bei der Ladung »lediglich« um Radartechnik für Luftabwehr- und Raketenysteme gehandelt.

Ungeachtet der Differenzen in Bezug auf Syrien sind die russisch-türkischen Beziehungen dennoch gut geblieben. Der türkische Präsident Erdoğan stattete Moskau im Juli 2012 einen Besuch ab, bei dem eine Reihe »wichtiger wirtschaftlicher Vereinbarungen« unterzeichnet wurde. Putin besuchte seinerseits im Dezember 2012 die Türkei. Obwohl Putin und Erdoğan ihre Differenzen über Syrien ansprachen, schien ihr Augenmerk vor allem den

bilateralen Handelsbeziehungen zu gelten. Vor dem Hintergrund des beträchtlichen Handelsvolumens von 32 Milliarden US-Dollar im Jahre 2011 äußerten Putin und Erdoğan die Hoffnung, dass es in einem Jahr 100 Milliarden Dollar erreichen werde. Gestützt durch umfangreiche Energie- und Bauverträge sowie den Tourismus (2011 haben 3,5 Millionen Menschen aus Russland die Türkei besucht), sind die bilateralen russisch-türkischen Wirtschaftsinteressen sowohl für Moskau als auch Ankara schlichtweg zu wichtig, als dass eine der Seiten sie durch Differenzen über Syrien gefährdet sehen möchte. Ein prominenter Beobachter in Russland bezeichnete dann auch den US-Tipp an Ankara über die Waffenladung des Flugzeuges als eine amerikanische List, die türkisch-russische Zusammenarbeit empfindlich zu stören.

Jordanien

Auch zwischen Moskau und Amman hat es Differenzen wegen Syrien gegeben. Wie die Türkei musste Jordanien eine große Menge Flüchtlinge aus Syrien bewältigen und ist dadurch unzufrieden mit der fortgesetzten russischen Unterstützung für das Assad-Regime, die den Konflikt in die Länge zieht. Moskau hingegen ist verärgert, dass die syrische Opposition über Jordanien Waffen erhält. Auch hier sind die beiden Regierungen jedoch zum Schluss gekommen, dass die Differenzen über Syrien nicht die sich verbessernden bilateralen Beziehungen beeinträchtigen sollten. Am 19. Februar 2013 empfing Putin Jordaniens König Abdullah II. in Moskau. Sie behandelten zwar Syrien und den Friedensprozess im Nahen Osten, konzentrierten sich aber auf die zunehmenden Handelsbeziehungen (426,5 Millionen US-Dollar im Jahr 2011), eine mögliche russische Beteiligung beim Bau des ersten jordanischen Atomkraftwerks und sogar auf die militärisch-technische Zusammenarbeit (die sich in den Worten Putins »gut entwickelt«).

Ägypten

Viele Kommentatoren in Russland haben in Bezug auf Ägyptens neuen islamistischen Präsidenten Mohammed Mursi und die ihn unterstützende Muslimbruderschaft Befürchtungen geäußert. Die russische Regierung hat ihm gegenüber jedoch eine pragmatischere Haltung eingenommen. Obwohl die neue ägyptische Regierung dem Assad-Regime kritisch gegenüber steht, schätzt Moskau doch sehr, dass Mursi seinen Widerstand gegen fremde (sprich: nichtarabische) Einmischung in den Konflikt erklärt hat. Während Mursi durch sein Bemühen um eine Verbesserung der ägyptischen Beziehungen zum Iran Washington aufgebracht hat, kümmerte diese Initiative Moskau kaum, da Russland relativ gute Beziehungen zum Iran unterhält. Russische Touristen besuchen Ägypten weiterhin in großen Zahlen. Einem

Bericht zufolge sind sowohl 2010 (im Jahr vor dem Sturz Mubaraks), als auch 2012 (dem Jahr nach dem Sturz) jeweils über eine Million Menschen aus Russland nach Ägypten gefahren. Im Februar 2013 riet Sergej Kirpitschenko, der Botschafter Russlands in Ägypten, dass »das Maß der Islamisierung Ägyptens nicht überschätzt werden sollte«. Er machte für die bisherige Islamisierung das vorherige Regime verantwortlich: »Das Land hat bereits in den 1970er Jahren den Weg der Islamisierung beschritten, als Anwar El-Sadat [...] begann, mit der Moslem-Brüderschaft und anderen islamischen politischen Kräften anzubandeln, und die Revolution von 2011 hat diese Kräfte an die Macht gebracht.«

Vielleicht ist insbesondere in dem Umstand, dass die Regierung Mursi Differenzen sowohl mit den USA als auch mit Saudi-Arabien und Katar hat, der Grund zu sehen, warum Moskau beschlossen hat, sich eher auf jene Bereiche zu konzentrieren, in denen die Regierungen Russlands und Ägyptens übereinstimmen, und nicht auf die Differenzen über Syrien.

Libyen

Präsident Putin, Außenminister Lawrow und andere hochgestellte Amtsträger in Russland haben oft darauf verwiesen, dass die Bestimmungen der Resolution 1973 des UNO-Sicherheitsrates über die Errichtung einer Flugverbotszone über Libyen durch den Westen und dessen arabische Verbündete »überschritten« worden seien, um den Fall des Gaddafi-Regimes herbeizuführen. Es wurde als Grund genannt, warum Russland sogar weniger scharfen Sicherheitsratsresolutionen gegen das Assad-Regime nicht zustimmen werde. Russland beharrt darauf, in Syrien kein Szenario zuzulassen, das sich bereits einmal in Libyen abgespielt hat.

Die Ironie besteht nun darin, dass Russland trotz der anfänglichen Schwierigkeiten relativ gute Beziehungen zur neuen Regierung in Libyen entwickelt hat. Michail Bogdanow, einer der stellvertretenden Außenminister Russlands, erklärte im Dezember 2012, dass es zwischen Moskau und Tripolis Gespräche über eine Ausbildung libyscher Militärangehöriger gebe. Die russische Ölfirma Tatneft führte im Januar 2013 Gespräche mit Libyens Nationaler Ölgesellschaft über eine Wiederaufnahme der Geschäfte durch Tatneft. Und im Februar 2013 erklärte der russische Föderale Dienst für militärtechnische Zusammenarbeit (FSWTS), dass er Gesprä-

che über neue Waffenlieferungen an Libyen führe. Die libysch-russischen Beziehungen nach Gaddafi sind also ein weiterer Fall, in dem versucht wird, verbesserte bilaterale Beziehungen nicht durch Differenzen über Syrien zu gefährden.

Schlussfolgerungen

Syrien ist zwischen Moskau einerseits und den sechs erwähnten sunnitisch geprägten Regierungen andererseits ein Streitpunkt gewesen. Russlands Beziehungen sind allerdings nur mit zweien der sechs wahrhaft schlecht, mit Saudi-Arabien und Katar. Im Unterschied dazu sind Moskaus Beziehungen zu den vier anderen (Türkei, Jordanien, Ägypten, Libyen) auf dem bestehenden Niveau aufrechterhalten oder sogar verbessert worden.

Obwohl die Befürchtungen Russlands, dass Saudi-Arabien und Katar sunnitische Radikale nicht nur in Syrien, sondern auch in der ehemaligen UdSSR aktiv unterstützen, die schlechten Beziehungen zu den beiden Monarchien weitgehend erklären, ist auch fest zu halten, dass sich Moskau verbesserte Wirtschaftsbeziehungen zu den anderen vier erhofft oder sich diese bereits tatsächlich verbessert haben. Das legt nahe, dass das bestehende Maß an Animositäten in den Beziehungen zu Saudi-Arabien und Katar sich erheblich verringern könnte, falls diese sich dazu überwinden, ihre wirtschaftlichen Bande zu Russland zu stärken. Es bedeutet aber auch, dass nach einem möglichen Sturz des Assad-Regimes eine neue, sunnitisch dominierte Regierung ebenfalls gute Beziehungen zu Moskau entwickeln könnte, wenn sie weiterhin russische Waffen kauft, russischen Ölfirmen Geschäfte in Syrien erlaubt und vielleicht sogar weiterhin Zugang zu den Militäranlagen in Tartus gewährt, die Russland gegenwärtig nutzt. Während die Regierung Katars bereits Schritte in dieser Richtung unternommen hat, ist es ungewiss, ob die saudische oder eine zukünftige sunnitisch dominierte Regierung in Syrien hierzu geneigt wäre.

Moskau wiederum wäre im Falle verstärkter Unruhen durch Moslems im Nordkaukasus und anderen Gebieten der ehemaligen Sowjetunion umso geneigter, Saudi-Arabien, Katar und vielleicht andere sunnitisch dominierte Regierungen im Nahen Osten dafür verantwortlich zu machen, ganz gleich, ob tatsächlich zu Recht oder nicht.

Übersetzung aus dem Englischen: Hartmut Schröder

Über den Autor

Mark N. Katz ist Professor für Regierungswesen und Politik an der George Mason University (Fairfax, Virginia). Persönliche Website: www.marknkatz.com

Lesetipps

- Katz, Mark: Moscow and the Middle East: Repeat Performance?, in: Russia in Global Affairs, 7 October 2012 <http://eng.globalaffairs.ru/number/Moscow-and-the-Middle-East-Repeat-Performance-15690>.
- Dannreuther, Roland: Russia and the Middle East: A Cold War Paradigm?, in: Europe-Asia Studies, 64.2012, Nr. 3, S. 543–560.

Bürgerkrieg oder Antiterror-Kampf?

Der Syrienkonflikt im Spiegel der russischen Medien

Philipp Casula, Zürich

Zusammenfassung

Die russische Berichterstattung über den Syrienkonflikt unterscheidet sich deutlich von jener in vielen westlichen Medien. Russische Journalisten berichten vor allem aus der Perspektive des syrischen Regimes und blenden die Perspektive der Opposition weitgehend aus. Letztere wird überwiegend als militant und fundamentalistisch disqualifiziert. Auffallend ist, wie knapp politische Einschätzungen und Hintergrundanalysen ausfallen. Der Konflikt wird vor allem als Kampf des Regimes gegen den Terrorismus gedeutet, eine Sichtweise, die nicht nur das Vorgehen der syrischen Regierung, sondern auch russische Politik im Äußeren und Inneren legitimiert.

Gestörte Deutungsmuster in West und Ost

In seinem neuesten Buch »Ausnahmestand« hält Navid Kermani fest, wie der seit über zwei Jahren andauernde Konflikt in Syrien übliche Deutungsmuster verwirrt: auf der einen Seite ein sich säkular gebendes autoritäres Regime, dessen wichtigster Verbündeter die iranische Theokratie ist, auf der anderen Seite eine vom Westen unterstützte Opposition, die in Teilen dezidiert religiös auftritt und gleichzeitig Demokratie und Menschenrechte einfordert. Die russische Haltung stößt im Westen verbreitet auf Unverständnis: Russland blockiert mit China Resolutionen im Sicherheitsrat und beliefert das Regime mit Waffen. Im ersten Fall beruft sich Russland auf das Prinzip der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, im zweiten Fall auf die Erfüllung alter Lieferverträge. Dabei nimmt Moskau diplomatische Spannungen in Kauf, nicht nur mit dem Westen, sondern auch mit vielen Staaten des Nahen und Mittleren Ostens. Gängige Erklärungen für diese Position, die scheinbar den eigenen strategischen Interessen zuwiderläuft, verweisen unter anderem auf die langjährigen Beziehungen Russlands zu Syrien und auf geopolitische Erwägungen.

Fernsehberichterstattung mit Tapferkeitsmedaille

Dabei ist die russische Sicht auf den Konflikt in Syrien eine deutlich andere als die im Westen überwiegende: Betrachtet man die Berichterstattung in russischen Medien, so fällt auf, dass sie nahezu ausschließlich die Perspektive von syrischen Regierungsvertretern und Regierungstruppen berücksichtigt. Die russischen Journalisten vor Ort sind nahezu immer mit regime-treuen Soldaten »eingebettet«. Dies gilt zum Beispiel für Anastasija Popowa. Sie sendete im Laufe des Jahres 2012 mehrere ausführliche Berichte für den staatlichen Fernsehkanal »Rossija 24« aus Syrien, darunter im Januar »Die syrische Karte« und im Dezember

ein abschließendes 43-minütiges »Syrisches Tagebuch«. Bereits der Einstieg des »Tagebuches« lässt keinen Zweifel an der allgemeinen Linie des Beitrags: Er beginnt mit einer Widmung an alle Syrer, die von »Terroristen« getötet wurden. Popowa stellt Syrien vorrangig als modernen, friedlichen, laizistischen Staat dar, der plötzlich in den Sog des Terrorismus geraten sei. Der Bericht spielt immer wieder auf den multikonfessionellen Charakter Syriens an: Er zeigt muslimische Soldaten, die in christlichen Kirchen beten, und christliche Militärs, die Moscheen verteidigen. Überhaupt zeichnet Popowa die syrische Armee in den hellsten Farben, als eine professionell und diszipliniert agierende Armee, die sich aus den Reihen der Bevölkerung zusammensetzt, aus mutigen Familienvätern, die ihre Angehörigen und ihr Land beschützen. Die Gegner des Regimes dagegen erscheinen undifferenziert als radikale und grausame Islamisten, als geldgierige und unter Drogen stehende Berufsverbrecher, bestenfalls als naive oder ungebildete Söldner, die die Begriffe von Demokratie und Freiheit nur missbrauchten. Vor blutigen Darstellungen schreckt Popowa nicht zurück. Die Extremisten kämen entweder aus dem Ausland, oder sie würden aus dem Ausland finanziert, besonders durch die Golfstaaten und den Westen, so das »Syrische Tagebuch«. Von einer friedlichen Opposition gegen das Assad-Regime, so stellt die Reportage fest, könne kaum die Rede sein. Komplette Ausgelassenheit werden der autoritäre Charakter des Staatsapparats, die gewaltsame Unterdrückung der friedlichen Opposition und Menschenrechtsverletzungen durch das Regime. »Zurück zum harmonischen Syrien von früher« ist eine Schlüsselbotschaft der Reportage. In einem Interview für das Programm »Profilaktika« auf »Radio Majak« – in dem Popowa kurz einräumt, dass die Opposition mehrere, auch friedliche Gesichter hat – argumentiert die Autorin, dass der Konflikt so komplex geworden sei, dass man schwerlich von einem Bürgerkrieg sprechen könne, in dem sich lediglich zwei Seiten gegenüberstehen. Von

einer »Revolution« der Bevölkerung gegen das Regime könne jedenfalls nicht die Rede sein. Popowa stellt klar, dass sie eine unpolitische und emotionale Reportage gedreht habe, die die menschliche Tragödie und nicht die »politischen Spiele« beleuchte: Dadurch aber, dass der Konflikt in der Darstellung depolitisiert wird, dass politische Hintergründe ausgeblendet werden, erscheint die ohnehin einseitige Reportage entweder naiv oder bewusst verzerrend. Von offizieller russischer Seite fand die Arbeit von Popowa jedoch höchste Anerkennung: Ende 2012 zeichnete Wladimir Putin Popowas Team mit der Tapferkeitsmedaille (»Sa Otwagu«) aus, die sonst vor allem Militärangehörigen verliehen wird.

Eine Verschwörung von Westen und Islamismus

Zeitgleich zu Popowas ersten Beiträgen berichtete Georgij Sotow im Frühjahr 2012 für die populäre Wochenzeitung »Argumenty i Fakty« deutlich kritischer aus Damaskus. Schon zu Beginn des Artikels hält der Autor fest, dass die Revolution nicht in einem luftleeren Raum entstanden sei: Er betont die endemische Korruption und zitiert Syrer mit entsprechenden Aussagen. Auch sei Assad zweifelsohne ein Diktator. Mehr Raum als die kritischen Töne nimmt aber die Furcht vor der Einnahme der Hauptstadt durch radikale Islamisten und vor einem Eingreifen durch den Westen ein. Sotow hält eine westliche Intervention allerdings für unwahrscheinlich: In Syrien »gibt es zu wenig Öl und zu viele russische Luftabwehrsysteme«.

Jewgenij Poddubnyj drehte im Herbst 2012 ebenfalls für das staatliche Fernsehen den Bericht »Schlacht um Syrien«. Er zeichnet ein noch einseitigeres Bild als Popowa und sieht eine große Verschwörung am Werk, bei der weniger die syrische Opposition als vielmehr der Westen einen Regimewechsel anstreben. Dabei wird die Freie Syrische Armee mit einer »gewöhnlichen terroristischen Organisation« gleichgesetzt, die – aus dem Ausland finanziert und von ausländischen Söldnern unterstützt – das Ziel verfolge, einen »Scharia-Staat« zu gründen. Dazu greife sie vor allem unschuldige Zivilisten an, während Regierungstruppen allein zu deren Schutz eingesetzt würden. Als Bericht »von der Front« und abgesehen von geopolitischen Spekulationen, fallen politische Einschätzungen abermals unter den Tisch. So wird Syrien völlig undifferenziert in eine Reihe gestellt mit Afghanistan, Irak und Libyen, in denen der Westen einen Regimewechsel unterstützt habe, ohne jedoch die Sicherheitslage zu verbessern oder die politischen Strukturen freiheitlicher zu gestalten.

In vielen Berichten für Printmedien und für das Fernsehen kommen russischsprachige Syrer zu Wort, die in Russland studiert haben. Im oben genannten Beitrag von Sotow kommt ein ehemaliger Absolvent der Mos-

kauer Staatlichen Universität und heutiger Professor in Damaskus zu Wort. Er beteuert, zunächst auf Seiten der Revolutionäre gewesen zu sein, wegen der »Korruption auf allen Ebenen, der Schmiergelder und der niedrigen Löhne«. Nun aber, angesichts der drastischen Veränderungen – Kämpfe in den Städten, Inflation, Kriminalität – sehe er ein, dass das Regime auch gute Seiten gehabt habe. Schulen und Gesundheitswesen seien kostenlos, und Assad sei im Vergleich zu anderen Tyrannen überhaupt »ein Engel«.

Syrien im »Echo Moskau«

Eine zwiespältige Berichterstattung bietet der traditionell liberale Sender »Echo Moskwy« (»Echo Moskau«). Anfang 2013 führten die Moderatoren der Sendung »Mit eigenen Augen« ein langes Interview mit Kadri Dschamil, dem ebenfalls russischsprachigen Vizepremier Syriens. Sie fragten ihn gleich zu Beginn, wie er ein Regierungsamt bekleiden und zugleich Vorsitzender einer »Oppositionspartei« sein könne. Trotz weiterer kritischer Nachfragen – nach den realen Einflussmöglichkeiten Dschamils, nach russischen Waffenlieferungen und den Lebensbedingungen der Zivilbevölkerung – wird dem Vizepremier letztlich ein Forum gegeben, um regimetreue Positionen zu verbreiten. Insbesondere kritisiert er – nach einer Steilvorlage der Radiomacher – die Unterstützung der »Rebellen« durch den Westen: angeblich für Flüchtlinge in den Nachbarländern gedachte Hilfslieferungen würden diese nicht erreichen; und die Versorgung von »Al-Kaida« mit Waffen durch die Türkei und Saudi Arabien erfolge mit Zustimmung des »großen Bosses«, der USA. Auch aus Sicht von »Echo Moskau« führt das Assad-Regime einen Kampf »gegen islamistische Fundamentalisten und Radikale«.

Ebenfalls im Äther von »Echo Moskau« berichtet Sofiko Schewardnadse, Enkelin des letzten sowjetischen Außenministers Eduard Schewardnadse, im Januar 2013 über ein Interview, das sie für »Russia Today« mit Assad geführt hat. Im Gespräch zwischen Schewardnadse und der Moderatorin Olga Bytschkowa rückt die »menschliche Tragödie« eines »schwachen Mannes« und Präsidenten wider Willen in den Vordergrund. Allerdings räumt Schewardnadse ein, dass Assad sich demagogisch äußere und dass der begrenzte Reformwille des Regimes für die Syrer nicht ausreichend gewesen sei. Die Syrer hätten mehr Freiheiten eingefordert und seien der Herrschaft der Assad-Familie überdrüssig. Hier zeichnet sich ein Muster vieler Berichte ab: Was friedlich und legitim begonnen hat, mit Protesten für mehr Rechte, Freiheiten und einen Machtwechsel, ist umgeschlagen in eine große Katastrophe, die niemand erwartet hat. Die Schuld oder Mitschuld des Regimes an diesem Umschlagen bleibt in russischen Medien zumindest unterbelich-

tet. Auch Schewardnadse rückt stattdessen das Wirken von – durch das Ausland finanzierten – Extremisten in den Vordergrund. Schewardnadse, die auch für »Echo Moskau« arbeitet, lässt zwar durchblicken, dass bei dem Sender unterschiedliche Sichtweisen bestehen – ihre Kollegin Jewgenija Albaz habe auf Angriffe der syrischen Luftwaffe auf Krankenhäuser verwiesen – kontert jedoch mit der Perspektive aus Damaskus, das wiederholt von Terroranschlägen erschüttert werde: Fundamentalisten und Extremisten terrorisierten die friedlichen Damaszener, die Schewardnadse an die alte sowjetische Intelligenzija erinnern, die dem Fundamentalismus absolut fern stünden, die sich europäisch kleideten und verhielten (»Miniröcke, Sonnenbäder, Kino«).

Emotionale Reportagen und Kriegsberichte

Diese Perspektive auf die Syrer als »Leute wie wir« wird einerseits durch die christlich-orthodoxe Minderheit und andererseits durch die russische und russischsprachige Gemeinde in Syrien unterlegt. Jelena Tschernenko berichtete für die Zeitung »Kommersant« im Januar dieses Jahres, dass bei der russischen Botschaft in Damaskus rund 3.000 russische Staatsbürger mit ständigem Wohnsitz in Syrien registriert seien. Andere Quellen gehen von rund 30.000 Russen, einschließlich ihrer Familien, im Land aus. Seit Januar 2013 organisiert Russland die Ausreise von GUS-Bürgern aus Syrien: Mit bisher drei Flügen von Beirut und Latakia, der letzte Mitte März, wurden 279 Personen, zumeist Frauen und Kinder, nach Moskau gebracht.

Damit fällt die russische Berichterstattung über Syrien grob in zwei Kategorien: Die »emotionalen Reportagen« stellen das menschliche Leid und die humanitäre Katastrophe in den Mittelpunkt. Paradigmatisch dafür sind die Beiträge von Popowa. Der zweite Typ ist die »Kriegsberichterstattung« à la Poddubnyj. Die politischen Hintergründe, die Unzufriedenheit vieler Syrer mit dem autoritären Regime, die friedlichen aber gewaltsam aufgelösten Proteste, finden in beiden Berichtsformen kaum Erwähnung. Der repressive Staatsapparat, die Gewalt des Staates gegen die Bevölkerung, gar Folter und Tod in den Händen von Geheimdiensten und regierungstreuen Milizen bleiben völlig unerwähnt oder werden bestritten. Im Mittelpunkt der mageren politischen Bewertung steht lediglich die vermeintlich destruktive Rolle des Westens, der Golfstaaten und von Terrornetzwerken. Das verbindende Narrativ ist das des Kampfes gegen den Terrorismus, das dem russischen Publikum bereits im Zusammenhang mit Tschetschenien vertraut ist.

Russische Syrienexpertise

Kann diese Berichterstattung noch als Propaganda des staatlichen Rundfunks betrachtet werden, so gestaltet

sich das Bild der russischen Expertenmeinungen komplexer. Interessanterweise vermitteln viele russische Kenner der Region und internationaler Beziehungen zwar ein politischeres Bild des Konfliktes, stimmen aber in vielen Einschätzungen mit dem Mainstream überein. Der häufig zu Wort kommende Jewgenij Satanowskij, Leiter des Moskauer Nahost-Instituts, reproduziert zumeist Verschwörungstheorien. Nuancierter äußert sich einer der angesehensten Nahost-Experten Russlands, der ehemalige Außenminister Jewgenij Primakow. Er bezeichnete im August 2012 in einem Interview für die staatliche »Rossijskaja Gaset« den Konflikt in Syrien zwar als Bürgerkrieg, bezichtigt aber vor allem die USA, Saudi-Arabien, Katar und die Türkei der schwerwiegenden Einmischung in die inneren Angelegenheiten des Landes. Primakow vertritt in diesem und in anderen Interviews die originelle These, dass die Staaten der Arabischen Liga die Opposition stützen, weil mit einem Sieg Assads ein »schiitischer Gürtel« entstehen würde, der Iran, Irak, Syrien, und den Libanon umfasst. Fällt Assad aber, würde ein sunnitisches Regime an die Macht kommen, das sich vom Iran abwendet. Dass der Westen die Opposition unterstützt, um Demokratie und Stabilität zu erzielen ist für Primakow eine haltlose Annahme, da weder das eine, noch das andere erreicht würde. Allerdings räumt er ein, dass die Ursachen für den »Arabischen Frühling« insgesamt in Arbeitslosigkeit, Korruption, im Fehlen »demokratischer Freiheiten« sowie darin zu suchen seien, dass die autokratischen Herrscher notorisch an ihrem jeweiligen Thron kleben.

Außenpolitik und mediale Wahrnehmung

Abschließend kann die russische Berichterstattung immerhin dafür gewürdigt werden, dass sie tatsächlich ein anderes Bild des Syrienkonfliktes zeichnet als die meisten westlichen Medien. Während letztere im Allgemeinen die soziale Basis des Assad-Regimes herunterspielen, wie der Experte Parviz Mullojanov hervorhebt, übergehen die russischen Medien den gesellschaftlichen Rückhalt der Opposition. Die russische Berichterstattung ist damit keineswegs objektiver oder ausgewogener, sondern in vielerlei Hinsicht zugunsten des Regimes verzerrt. Aber wie lässt sich diese Berichterstattung erklären? Zum einen ist sie sicherlich Ergebnis des Zugangs zu den Konfliktparteien: Es kann als gesichert gelten, dass russische Journalisten mehr Schwierigkeiten haben, Kontakt mit der Freien Syrischen Armee oder gar anderen Gruppierungen aufzunehmen. Umgekehrt wird es um ein Vielfaches leichter sein, von der syrischen Regierung einen privilegierten Zugang zu ihren Kräften und entsprechende logistische Unterstützung zu bekommen. Schließlich ist die Form der Berichterstattung, wie sie hier vor allem anhand staatlicher Medien nachge-

zeichnet wurde, konform mit der Außenpolitik Russlands, in deren Zentrum ein kontraktueller Legalismus und das Prinzip der Nichteinmischung stehen. Hier soll nicht unterstellt werden, dass der Kreml eine bestimmte Berichterstattung forciert, auch wenn die Regierung die Kontrolle über die Medien zuletzt verschärft hat (siehe Russland-Analysen Nr. 253). Vielmehr kann angenommen werden, dass sich Außenpolitik und mediale Wahrnehmung des Konfliktes gegenseitig bedingen. Wie gesehen, stimmen auch russische Experten in Vielem mit der Berichterstattung überein.

Schließlich gibt es noch eine innenpolitische Dimension: Sie umfasst zum einen das Verhältnis des Staates zum Islam in Russland und die notorisch angespannte Lage im Nordkaukasus, die wieder vermehrt als Terror-

rismus- und damit einzig als Sicherheitsproblem porträtiert wird. Zum anderen spielt diese Darstellung des Syrienkonfliktes dem Kreml dahingehend in die Hände, dass sie die Konsequenzen von »Revolutionen« in den dunkelsten Farben aufzeigt: Regimewechsel und Forderungen nach mehr Freiheit und Demokratie könnten vom Westen außenpolitisch missbraucht werden und schnell zu Souveränitätsverlust, Chaos und Blutvergießen führen. Die dazu verwendeten Bilder ähneln jenen in westlichen Medien, nur ihre Deutung unterscheidet sich: es sind, wie Navid Kermani festhält, »die gleichen Aufnahmen von zerstörten Städten und weinenden Müttern, die als Beweis für die Barbarei des jeweils anderen Lagers angeführt werden.«

Über den Autor

Dr. phil. Philipp Casula ist wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Zürich.

STATISTIK

Handel zwischen Russland und Syrien nach offiziellen Angaben

Tabelle 1: Außenhandel der Russischen Föderation (in Mio. US\$, faktische Preise)

Jahr	Export			Import		
	Insgesamt	Arabische Republik Syrien	Anteil am gesamten Export (%)	Insgesamt	Arabische Republik Syrien	Anteil am gesamten Import (%)
1995	82.419	75	0,09 %	62.603	11,2	0,02 %
2000	105.033	96	0,09 %	44.862	11,2	0,02 %
2005	243.798	440	0,18 %	125.434	26,0	0,02 %
2007	354.401	1.023	0,29 %	223.486	38,0	0,02 %
2008	471.603	1.940	0,41 %	291.861	39,0	0,01 %
2009	303.388	1.135	0,37 %	191.803	38,7	0,02 %
2010	400.419	1.116	0,28 %	248.738	42,5	0,02 %
2011	522.011	1.942	0,37 %	323.831	48,9	0,02 %
2012	524.727	626	0,12 %	312.658	30,9	0,01 %

Quelle: Rossijskij statističeskij esbegodnik. 2011, Moskau 2011, S. 708f sowie Rossijskij statističeskij esbegodnik. 2012, Moskau 2012, S. 700.

Syrischer Außenhandel mit Russland

Auf der Seite des Zentralen Statistikbüros Syriens gibt es keine Informationen, die über die Angaben in Russland-Analysen Nr. 233, S. 6, Tabelle 2 hinausgehen.

SIPRI über Waffenlieferungen an Syrien

Tabelle 2: Waffenimport Syriens 1991–2010 nach Herkunftsländern (in Mio. US\$ 1990)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Gesamt
Belarus													24					172					196
Bulgarien		11																					11
China																				20			20
Tschechoslowakei	276	198														54			5	5			269
Iran	22	22	22	18	35	35	35	35	35	55	20	20	20	20	20	20	20	20	45	45	85		492
Nordkorea				1																			1
Pakistan		14	10					20	23	9	8	25	25	5	15	26		46	73	268	312	376	1.254
Russland			142																				142
Slowakei	19																						19
UdSSR	316	243	173	19	35	35	35	55	58	64	28	45	69	25	35	100	20	278	138	333	397	376	2.877

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <http://www.sipri.org/databases/armstransfers/> (abgerufen 18. März 2013)

Tabelle 3: Einkauf von Waffensystemen durch Syrien (in Mio. US\$ 1990)

	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	Gesamt
Flugzeuge				1														172					173
Luftabwehrsysteme																		33	33	93	213	312	684
Ge-panzerte Fahrzeuge	276	198	142																				615
Artillerie	4	15	4																				23
Motoren	19	14	10																				43
Raketen	18	18	18	18	35	35	35	55	58	64	28	45	69	25	35	46	20	73	105	205	154	64	1.221
Sensoren/Radar																							64
Schiffe																54							54
Gesamt	316	243	173	19	35	35	35	55	58	64	28	45	69	25	35	100	20	278	138	333	397	376	2.877

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <http://www.sipri.org/databases/armstransfers/> (abgerufen 18. März 2013)

Tabelle 4: Russische Waffenexporte 2008–2010 (in Mio. US\$ 1990)

	2008	2009	2010	2011	2012	Gesamt (1991–2012)
Gesamt	6.710	5.877	5.974	8.620	8.003	35.184
Indien	1.612	2.060	2.298	2.449	3.966	12.384
China	1.839	1.302	636	692	679	5.148
Algerien	1.595	1.030	670	951	645	4.890
Vietnam	153	55	151	1.318	353	2.029
Venezuela	702	252	57	274	410	1.694
Syrien	46	73	268	312	376	1.075
Aserbaidshan	18	2	97	577	138	833
Malaysia	408	407			3	818
Ägypten		8	367	405	20	801
Myanmar			38	340	391	769
Vereinigte Arabische Emirate		118	294	96	96	604
Uganda		14		237	278	529
Indonesien	41	165	192	59	24	480
Turkmenistan		36	5	170	50	261
Kasachstan	7	18	63	86	84	258
Sudan	27	61	41	63	63	255
Afghanistan		27	68	77	81	252
Irak	95		68	81		243
Jordanien		60	80	40	44	224
Belarus				85	85	170
Brasilien			77	15	69	161
Pakistan	13	4	33	40	40	130
Iran	15	15	41	33	15	117

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <http://www.sipri.org/databases/armstransfers/> (abgerufen 18. März 2013)

Tabelle 5: Waffenlieferungen von Russland an Syrien 1992–2012

Stückzahl	Waffentyp	Waffenart	Bestelljahr/ Jahr der Lizenzierung	Lieferjahr(e)	Gelieferte Stückzahl	Kommentar
149	W-46	Dieselmotor	1991	1992–1993	139	Für 149 T-72M1 Panzer aus der Tschechoslowakei (nach deren Teilung) bzw. ab 1992 aus der Slowakei; aus der UdSSR weitere Lieferungen vor deren Zusammenbruch 1992
(1500)	9M119/AT-11 Sniper	Panzerabwehrrakete	(1998)	2000–2005	(1500)	Für den modernisierten T-72
(500)	9M131/AT-13 Saxhorn	Panzerabwehrrakete	(1998)	1999–2001	(500)	
(1000)	9M133 Kornet/AT-14	Panzerabwehrrakete	(1998)	1998–1999	(1000)	
(1000)	9M133 Kornet/AT-14	Panzerabwehrrakete	2002	2002–2003	(1000)	
(250)	9M133 Kornet/AT-14	Panzerabwehrrakete	2004	2005	(250)	
(250)	9M133 Kornet/AT-14	Panzerabwehrrakete	2005	2006	(250)	
(200)	Igla/SA-18 Grouse	Tragbare Luftabwehrrakete	2005	2006	(200)	Zum Einsatz von Fahrzeugen, Hubschraubern und Schiffen; auf Druck von Israel und den USA nicht als tragbares Abschussgerät
(36)	96K9 Panzir-S1	Bewegliches Luftverteidigungssystem	(2006)	2008–2012	(24)	Teile eines Geschäfts in Höhe von \$400–730 Mio.; die Zahl könnte bis zu 50 betragen. Lieferung um 2013.
(700)	9M311/SA-19 Grison	Luftabwehrrakete	(2006)	2008–2012	(470)	Teil eines Geschäfts in Höhe von \$400 Mio.; für das Panzir Luftverteidigungssystem
(8)	9K40 Buk/SA-17SAM System	Luftabwehrsystem	2007	2010–2012	(6)	
(160)	9M317/SA-17 Grizzly SAM	Luftabwehrrakete	2007	2010–2012	(120)	
(2)	K-300P Bastion-P	Küstenverteidigungssystem	2007	2010–2011	2	
(12)	MiG-29SMT/Fulcrum	Jagdflugzeug	2007			MiG-29M2 Version
(12)	S-125 Pechora-2M	Luftabwehrsystem	(2007)	2011–2012	(8)	\$ 200 Million Abkommen; syrisches SA-3 SAM System zu Pechora M2 Version umgebaut
(72)	Jachont/SS-N-26	Antischiffsrakete	2007	2010–2011	(72)	Bastion (SS-C-5) Küstenverteidigungsversion
(200)	Igla-S/SA-24	Tragbare Luftabwehrrakete	(2008)	2008–2010	(200)	Für den Gebrauch auf Streifz Boden-Luft-Raketensystem
(87)	Ch-31A1/AS-17	Antischiffs- und Antiradarrakete	(2009)	2009–2010	87	Inklusive Ch-31P Anti-Radar-Version
(100)	Ch-35 Uran/SS-N-25	Antischiffsrakete	(2009)			Für MiG-29 Kampfflugzeuge
(100)	KAB-500/1500	Gelenkte Bombe	(2010)	2012	(50)	Für MiG-29 Kampfflugzeuge
(100)	R-73/AA-11 Archer	Kurzstrecken Luft-Luft-Rakete	(2010)			Für MiG-29 Kampfflugzeuge
(50)	RWW-AE/AA-12 Adder	Mittelstrecken Luft-Luft-Rakete	(2010)			Für MiG-29 Kampfflugzeuge
(36)	Jak-130	Schulflugzeug	2011			Vertrag über US\$ 500 Mio. Unklarer Status

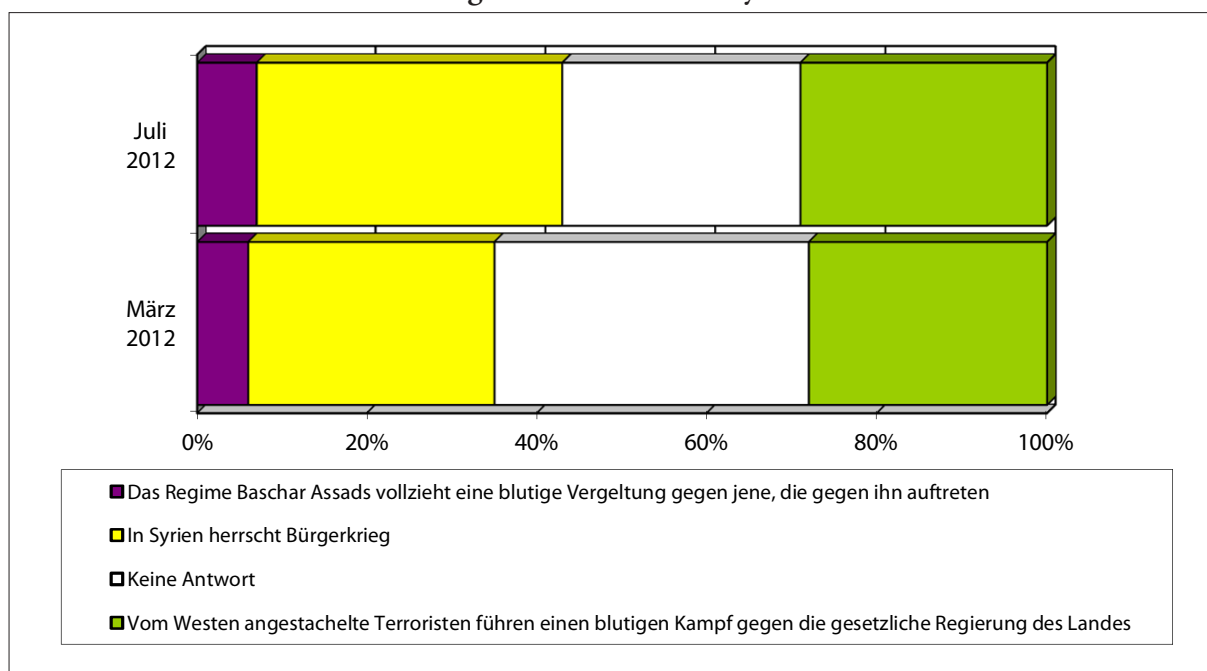
Angaben zu Bestelljahr, Lieferjahr(en), Anzahl der gelieferten / produzierten Produkten in Klammern, wenn deren Genauigkeit unsicher ist.
Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <http://www.sipri.org/databases/armstransfers/> (abgerufen 18. März 2013)

UMFRAGE

Der Syrienkonflikt in russischen Umfragen

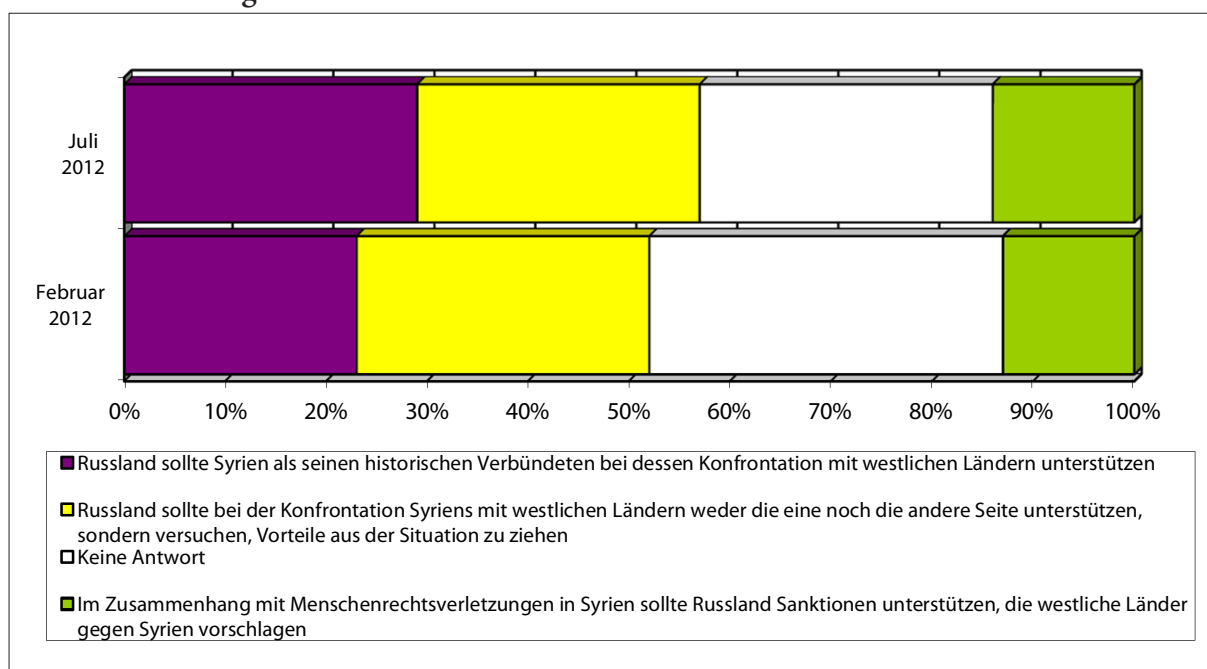
Lewada-Zentrum

Grafik 1: Mit welcher Einschätzung des Geschehens in Syrien stimmen Sie eher überein?



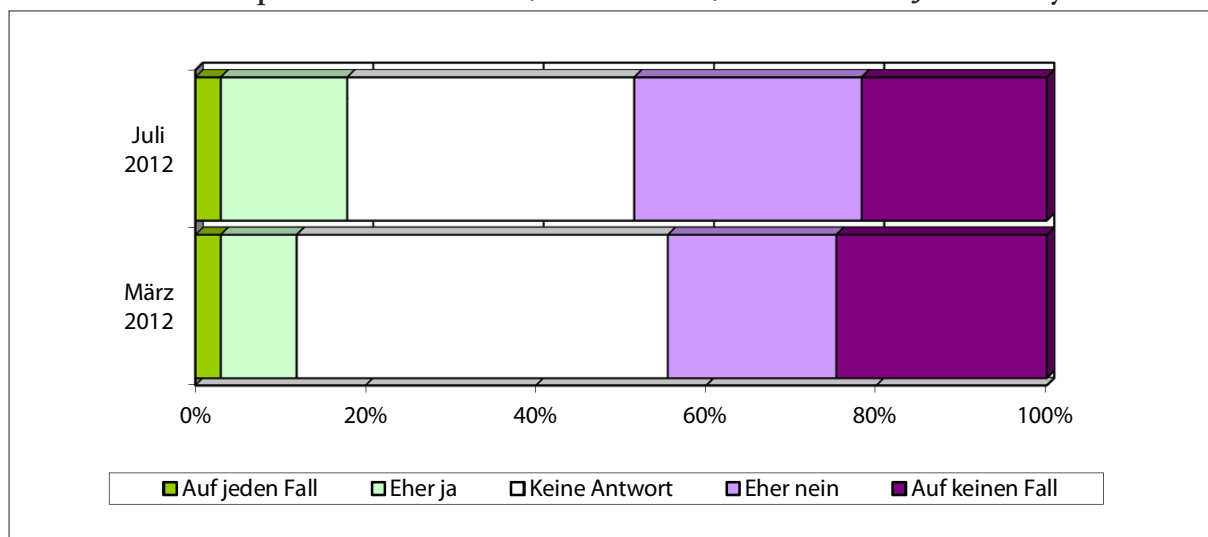
Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, <http://www.levada.ru/print/27-07-2012/v-sirii-idet-grazhdanskaya-voina>

Grafik 2: Welche Position sollte Ihrer Meinung nach Russland gegenüber der syrischen Staatsführung einnehmen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, <http://www.levada.ru/print/27-07-2012/v-sirii-idet-grazhdanskaya-voina>

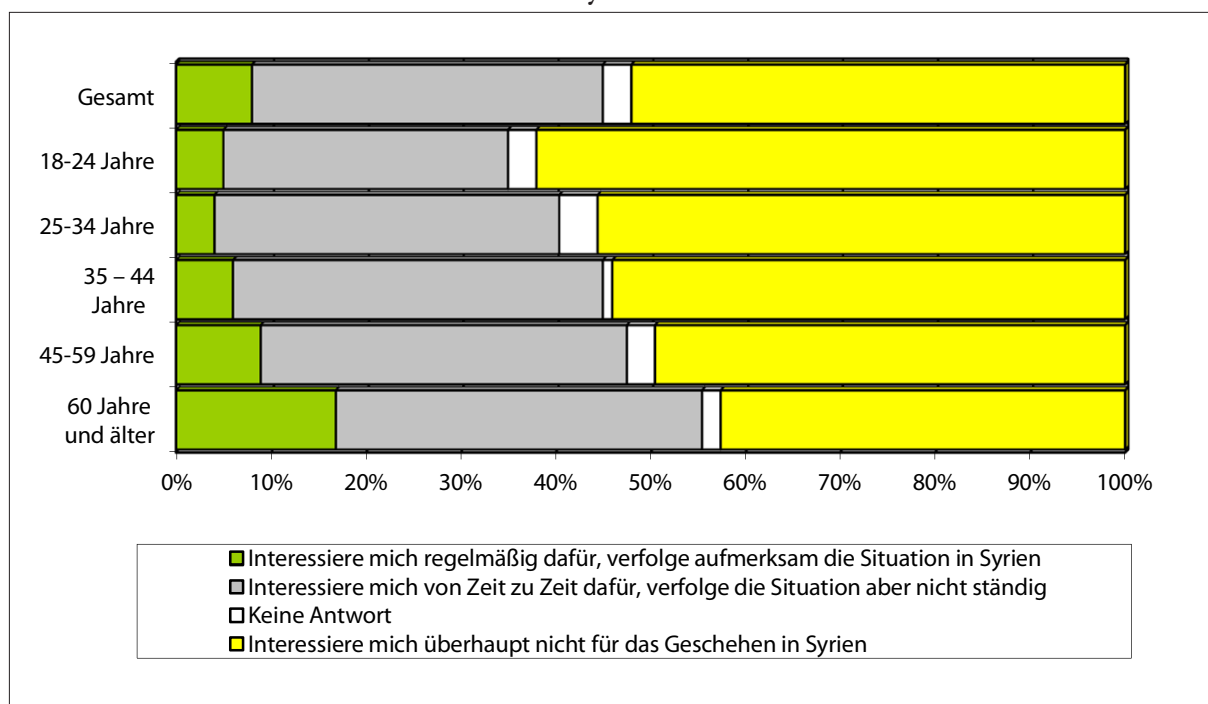
Grafik 3: Würden Sie zum Schutz der Zivilbevölkerung Syriens die Durchführung einer Militäroperation unterstützen, ähnlich derer, wie vor einem Jahr in Libyen?



Quelle: Umfragen des Lewada-Zentrums, <http://www.levada.ru/print/27-07-2012/v-sirii-idet-grazhdanskaya-voina>

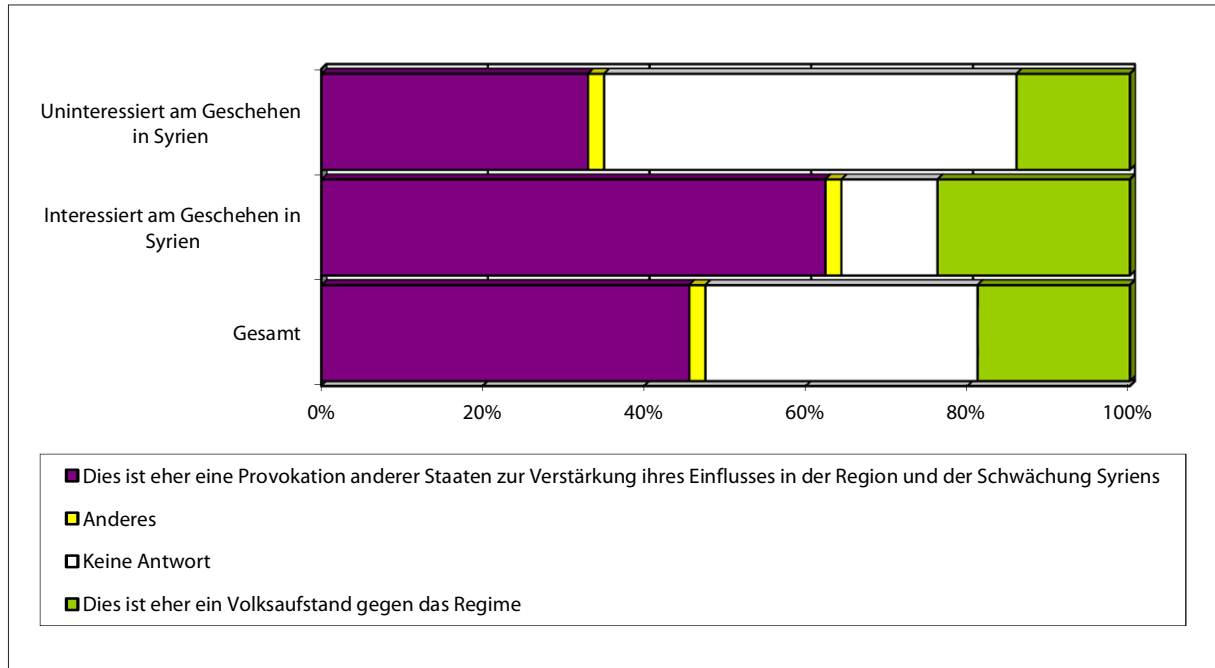
WZIOM

Grafik 4: Interessiert Sie das Geschehen in Syrien?



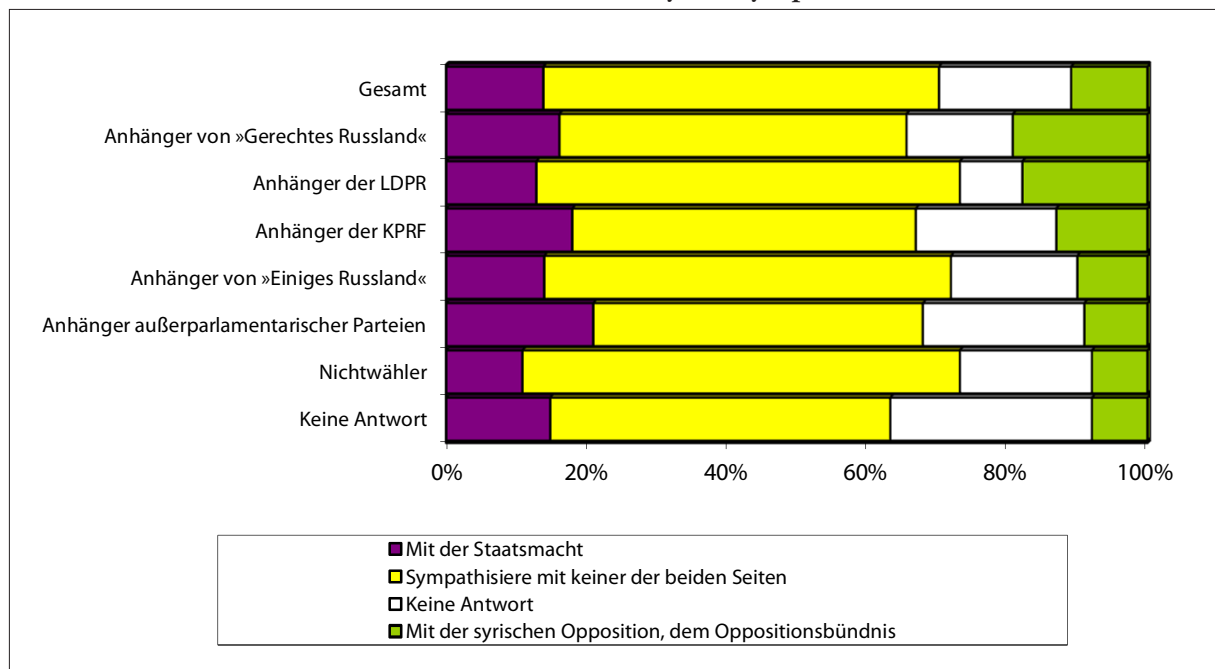
Quelle: Umfragen des WZIOM vom 7.-8. Juli 2012, N = 1600, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112938>

Grafik 5: Die einen gehen davon aus, dass die Unruhen in Syrien ein Volksaufstand sind. Die anderen sind überzeugt, dass die Zusammenstöße von Staaten provoziert wurden, die stärkeren Einfluss im Mittleren Osten anstreben. Was denken Sie?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 7.–8. Juli 2012, N = 1600, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112938>

Grafik 6: Mit welcher Seite der Konfrontation in Syrien sympathisieren Sie?



Quelle: Umfragen des WZIAM vom 7.–8. Juli 2012, N = 1600, <http://wciom.ru/index.php?id=459&uid=112938>

Was tun mit Russland?

Wie die USA und die EU aus unterschiedlichen Gründen zur gleichen Russlandpolitik finden

Jens Siegert, Moskau

Jahrelang gab es kaum etwas Böseres für russische Außenpolitiker (und für die meisten anderen, also normalen Menschen im Land auch) als die in Aufbau befindliche US-amerikanische Raketenabwehr in Europa. Die USA behaupten, es gelte sich gegen den Iran zu schützen. Die Russen (die meisten, nicht nur der Kreml) glauben (wie so oft), eigentlich seien sie gemeint und der Iran nur ein Vorwand. Als Beweis dienen Polen, die baltischen Staaten und Tschechien, die alle die Raketenabwehr dringend haben wollen – und das kann ja gar nicht anders als zumindest *auch* »antirussisch« (so nennt man alles, was Russland nicht liebevoll umarmt oder respekt-, respektive reuevoll vor ihm kniet) motiviert sein (was es sicher *auch ist*).

Nun hat der neue US-Verteidigungsminister Chuck Hagel erklärt, die USA würden die vierte Ausbaustufe der Raketenabwehr »bis 2022« (also ziemlich endgültig) auf Eis legen. Nordkorea sei nun wichtiger. Geld und Waffen würden in Nordostasien gebraucht. Zusätzliches Geld gibt es für das Pentagon bekanntermaßen auf absehbare Zeit nicht. Diese vierte Stufe wurde von russischen Militärs als besonders heikel, ja geradezu schicksalhaft angesehen, weil mit ihr die atomare Zweitschlagskapazität Russlands gefährdet sei. Da sollte die US-Umorientierung doch eigentlich ein Fest für den Kreml sein. Ist es aber nicht.

Der Kreml möchte weiter »rechtliche Garantien«, dass die US-Raketenabwehr nie und niemals kommt, auch nicht im fernen Jahr 2022. »Das ist kein Entgegenkommen in Bezug auf Russland und wird von uns auch so nicht aufgefasst«, nölte entsprechend sogleich Sergej Rjabkow, stellvertretender Außenminister und brachte das Problem, wohl eher ungewollt, auf den Punkt: Die Entscheidung der US-Regierung wurde nicht wegen der russischen Einwände getroffen oder weil Russland so stark und wichtig ist, sondern umgekehrt, weil das Land für die USA strategischer immer unwichtiger wird.

Schon im US-Präsidentschaftswahlkampf im vergangenen Herbst spielt Russland kaum eine Rolle. Ich habe darüber in meinem Blog ausführlich geschrieben (<http://russland.boellblog.org/2012/11/04/us-prasidentenwahl-und-das-verhaltnis-zwischen-den-usa-und-russland/>). Aus Washingtoner Sicht ist Russland, wie Ivan Krastev vom Centre for Liberal Strategies in Sofia kürzlich schrieb (<http://www.opendemocracy.net/od-russia/ivan-krastev/would-democratic-change-in-russia-transform-its-foreign-policy>), »nerviger und lästiger« geworden, vor allem braucht die USA Russ-

land immer weniger. Durch die Schiefergas-Revolution ist Russland als Energiepartner uninteressant geworden. Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Russland und den USA, ohnehin nie wirklich bedeutend für eine der beiden Seiten, bleiben auf absehbare Zeit vernachlässigbar.

Auch das internationale Störpotential Russlands ist aus US-Sicht geringer geworden. Das liegt nicht daran, dass Putin und die Seinen sich nicht bemühen würden. Bei den meisten weltpolitisch wichtigen Brennpunkten stehen Russland und die USA inzwischen auf unterschiedlichen Seiten, fast wie im Kalten Krieg. Gleichzeitig spielt die UNO für die USA eine immer kleinere Rolle. In Washington scheint sich die Sichtweise durchgesetzt zu haben, dass die UNO für die Bewältigung der aktuellen globalen Krisen nicht sonderlich gut zu gebrauchen ist. Folglich verliert das russische Vetorecht im Sicherheitsrat erheblich an Wert, wenn der gar nicht mehr erst gefragt wird. Mit dem Rückzug der US- und anderer NATO-Truppen aus Afghanistan verliert Russland auch seinen Wert als Transitland für den Nachschub (dafür müssen sich die Russen bald selbst um Afghanistan kümmern, eine Diskussion, die in Russland noch gar nicht richtig angefangen hat). Den Umgang mit der russischen (Unter-)Stützung des Assad-Regimes in Syrien haben die USA sozusagen outgesourct. Das überlassen sie weitgehend dem NATO-Partner Türkei.

Hinzu kommt das, wie soll man sagen, US-amerikanische »Unverständnis« über das sogenannte Dima-Jakowlew-Gesetz zum Verbot der Adoption russischer Waisen durch US-Bürger als Antwort auf die sogenannte Magnitskij-Liste (siehe ausführlicher: <http://russland.boellblog.org/2013/01/21/sergej-magnitskij-dima-jakowlew-und-der-aufstand-der-anstandigen> und die Russlandanalysen Nr. 252). Die moralische Zweifelhaftigkeit dieser, wie das im Kremlsprech heißt, »asymmetrischen Antwort« auf einen »antirussischen Akt« hat in den USA die Bereitschaft, sich mit Russland seriös auseinander zu setzen sicher nicht erhöht. Man könnte, mit Krastev, sagen, die USA erwarten von Russland in naher Zukunft kaum Gutes, aber auch wenig wirklich Schlechtes. Da scheint es rational, lieber auf Änderungen in Moskau zu warten und vorerst die eigenen Anstrengungen klein zu halten.

Ein wenig anders sieht die Sache zwischen der EU und Russland aus. Zwar sind sowohl die EU-Führung in Brüssel als auch die Regierungen in Berlin, Paris, London oder Warschau zunehmend ratlos, wie mit dem selt-

samen großen Land am östlichen Rand Europas umzugehen sei. Aber die strategische Bedeutung Russlands für die EU im Allgemeinen und viele EU-Mitgliedsländer im Besonderen ist doch immer noch erheblich größer als bei den USA. Das gilt sowohl für die Wirtschaft (Energieimporte einerseits, Russland als Exportmarkt für hochwertige Industrieprodukte aber auch Nahrungsmittel andererseits) als auch sicherheitsstrategisch. Geographie spielt eben auch im 21. Jahrhundert eine große Rolle.

Die EU-Ratlosigkeit wird, neben der sich in Bezug auf Demokratie und Freiheit immer weiter verschlechternden innenpolitischen Situation in Russland, vor allem aus zwei Quellen gespeist: Zum einen ist die EU angesichts der Krise viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt, um Kraft für eine neue, auf jeden Fall andere Russlandpolitik zu formulieren. Und da, wo die Krise auch Russlands Interessen betrifft, wie im Fall Zyperns, tun sich sofort neue Problemzonen auf: Wie angestochen reagierte der Kreml auf die von den EU-Finanzministern beschlossene Beteiligung der Anleger an der Rettung des zyprischen Bankensystems. Kurz darauf, das zyprische Parlament hatte den Plan abgelehnt, wuchs in der EU die Furcht, Russland könne die kleine Insel durch neue Kredite einfach »übernehmen« und sich so direkten Einfluss auf innere Angelegenheiten der EU verschaffen. Zum anderen ist es (neben der von Gazprom verschlafenen Schiefergas-Revolution in den USA) vor allem die EU, die mit ihren Antimonopolverfahren der Kremlmelkkuh Gasprom Probleme bereitet. Trotz aller russischer Diversifikationsversuche (die z. B. am kommenden Wochenende beim Besuch des neuen chinesischen Präsidenten Xi Jinping intensiv fortgesetzt werden) wird die EU nämlich zumindest mittelfristig der wichtigste, vor allem aber der zahlungskräftigste und -willigste Markt für russisches Gas bleiben.

Hinzu kommt noch, dass die lange Zeit in vielen wichtigen EU-Ländern, vor allem in Deutschland, eher günstige öffentliche Stimmung für Putin im Vorjahr

endgültig umgeschlagen ist. Durch das repressive Vorgehen gegen die Straßenproteste, gegen NGOs und Oppositionelle, vor allem aber der Prozess gegen Pussy Riot und nicht zuletzt die zunehmende Diskriminierung von Homosexuellen, Bisexuellen und Transgendern haben Putins Image und damit das seines Landes erheblichen Schaden genommen.

Kurz zusammen gefasst: Auch in der EU ist die Hoffnung, mit der gegenwärtigen russischen Führung zu einem für beide Seiten akzeptablen Modus Vivendi zu kommen, erheblich kleiner geworden. Das Ergebnis ist, ich wiederhole mich, weitgehende Ratlosigkeit. Was bei den meisten westlichen BeobachterInnen und AkteurInnen bleibt, ist die durch viele Analysen gestützte Hoffnung, es könne nicht mehr so lange in Russland gut gehen, wenn das Putin-Regime sich nicht bald öffnet (wofür es aber immer weniger Anzeichen gibt, eher umgekehrt). Also auch hier eher ein Abwartemodus, der sich gut mit der eigenen Beschäftigung mit sich selbst verträgt.

Das mag, angesichts der eigenen Möglichkeiten und der russischen Gegebenheiten, ein realistischer Ansatz sein. Da politische Änderungen wo auch immer und in welche Richtung auch immer aber die dumme Angelegenheit haben unerwartet zu passieren, sollte man zumindest die Diskussion über eine zukünftige Russlandpolitik aktiver gestalten. Doch auch dazu scheint gegenwärtig die Kraft weder in den USA noch in der EU zu reichen.

Und Russland? Die russische Führung scheint sich, wie schon zu Beginn der Finanzkrise, vor allem in den Problemen der anderen zu sonnen und die eigenen lieber nicht wahr zu nehmen. Das kann noch eine Weile, aber nicht mehr allzu lange gut gehen. Dann wird sich auch Russland ändern müssen.

Diesen und andere Texte finden Sie auf Jens Siegerts Russlandblog <http://russland.boellblog.org/>.

CHRONIK

Vom 6. bis zum 21. März 2013

06.03.2013	Präsident Wladimir Putin kondoliert zum Tod des venezuelanischen Präsidenten Hugo Chavez. Rosneft-Präsident Igor Setschin wird Putin bei der Beerdigung vertreten.
06.03.2013	Im Rahmen einer Beratung in Nowosibirsk über Zustand und Perspektiven der militärischen Luftfahrt erklärt Präsident Wladimir Putin, dass bis 2020 ein Viertel der staatlichen Verteidigungsausgaben in die technische Modernisierung der Luftstreitkräfte investiert werden.
06.03.2013	Der Menschenrechtsbeauftragte Wladimir Lukin beantragt beim Moskauer Stadtgericht, das Urteil im Verfahren gegen die Angehörigen der Punkgruppe »Pussy Riot« zu überprüfen. Der Menschenrechtsbeauftragte ist berechtigt, Rechtsfälle aufzugreifen, auch wenn das Urteil schon rechtskräftig ist.
07.03.2013	Der Schauspieler Andrej Panin stirbt im Alter von 50 Jahren an einem Schädel-Hirn-Trauma. Panin erlangte unter anderem durch die Fernsehserie »Brigada« Popularität und spielte u. a. in den Kinofirmen »Russische Hochzeit« und »Vysockij«.
07.03.2013	Die Dumakommission zur Kontrolle von Eigentum und Vermögen der Abgeordneten lehnt eine Überprüfung der Einkommenserklärung von Andrej Isajew (»Einiges Russland«) einstimmig ab und eröffnet ein Überprüfungsverfahren gegen Ilja Ponomarjow (»Gerechtes Russland«), der eine Überprüfung Isaevs gefordert hatte.
07.03.2013	Das Innenministerium gibt bekannt, dass es gegen William Browder, den Vorsitzenden des Investmentfonds »Hermitage Capital«, für den der Anwalt Sergej Magnitskij gearbeitet hatte, wegen des illegalem Kaufes von Gazprom-Aktien ein Verfahren eingeleitet hat.
08.03.2013	Am Internationalen Frauentag demonstrieren in Moskau vor dem Gebäude des Föderalen Dienstes für den Strafvollzug mehrere Personen für eine vorzeitige Haftentlassung der beiden Angehörigen der Punkgruppe »Pussy Riot«. Rund zehn Personen werden festgenommen.
09.03.2013	Unbekannten töten einen Richter des Föderalgerichts in Izberbasch (Dagestan).
09.03.2013	Im Rayon Chasawjurt (Dagestan) werden zwei Untergrundkämpfer bei einem Feuergefecht mit Sicherheitskräften getötet.
11.03.2013	Präsident Wladimir Putin entlässt Nikolaj Winnitschenko, den Bevollmächtigten im Föderalbezirk Nordwest. Winnitschenko soll Stellvertretender Generalstaatsanwalt werden. Nachfolger wird Wladimir Bulawin, bisher erster Stellvertretender Sekretär im Sicherheitsrat.
12.03.2013	Sicherheitskräfte töten im Rayon Baksansk (Kabardino-Balkarien) drei mutmaßliche Untergrundkämpfer.
12.03.2013	Präsident Wladimir Putin schlägt Elvira Nabiullina, ehemalige Ministerin für wirtschaftliche Entwicklung und gegenwärtig als Assistentin des Präsidenten im Präsidialapparat tätig, als Vorsitzende der Zentralbank vor.
13.03.2013	Das »Zentrum für Problemanalysen und staatlich-administrative Projektierung«, das von Wladimir Jakunin, dem Präsidenten der Russischen Eisenbahnen (RShD) geleitet wird, veröffentlicht eine Studie zu den Duma- und Präsidentschaftswahlen 2011 und 2012. Danach hätte die Kommunistische Partei (KPRF) ohne Wahlfälschungen 30 % der Stimmen erhalten, »Einiges Russland« nur 22 % (anstelle der offiziellen 49,3 %). Putin sei mit ca. 52 % der Stimmen, zum Präsidenten gewählt worden (offiziell 63,6 %).
13.03.2013	Das Präsidium des Zentralrates der Partei »Gerechtes Russland« schließt Gennadij Gudkow und seinen Sohn Dmitrij Gudkow, Abgeordneter der Staatsduma, wegen Schädigung der politischen Interessen und des Parteiimages aus der Partei aus. Beide hatten trotz Ultimatums ihre Aktivität im Koordinationsrat der Opposition nicht beendet.
14.03.2013	Der Dumaabgeordnete Ilja Ponomarjow (»Gerechtes Russland«) stellt aus Protest gegen den Parteiausschluss von Gennadij und Dmitrij Gudkow bis zum kommenden Parteitag seine Parteitätigkeit ein.
14.03.2013	Präsident Wladimir Putin nimmt an der Gründungssitzung der vom Kulturministerium und dem Verteidigungsministerium gegründeten allrussischen gesellschaftlichen Organisation »Russische Militärgeschichtliche Gesellschaft« teil.
14.03.2013	Präsident Wladimir Putin empfängt seinen palästinensischen Amtskollegen Machmud Abbas zu einem Gespräch und ehrt ihn mit dem »Orden der Freundschaft«.
15.03.2013	Die russische Staatsduma entzieht Wladimir Pechtin (»Einiges Russland«), auf dessen Antrag hin das Abgeordnetenmandat. Pechtin hatte Immobilienbesitz in den USA nicht deklariert.
15.03.2013	Präsident Wladimir Putin trifft in St. Petersburg im Rahmen des Obersten Staatsrates des Unionsstaates Russland-Belarus mit seinem belarussischen Amtskollegen Aljalexandr Lukaschenka zusammen. Im Zentrum steht die wirtschaftliche Zusammenarbeit.
16.03.2013	An der tschetschenisch-inguschetischen Grenze kommt es zu Schusswechseln zwischen Sicherheitskräften und Untergrundkämpfern. Sieben Untergrundkämpfer werden getötet.

16.03.2013	Bei der Bruchlandung eines Mi-8 Hubschraubers auf einem Militärflughafen bei Grosny (Tschetschenien) kommen drei Angehörige der Sicherheitskräfte ums Leben, eine Person wird verletzt.
16.03.2013	Der Koordinationsrat der Opposition (KSO) beschließt am 6. Mai, dem Jahrestag des ersten »Marsches der Million« auf dem Bolotnaja-Platz, an gleichem Ort eine Demonstration unter dem Motto »Für die Freiheit« durchführen zu wollen.
17.03.2013	Admiral Viktor Tschirkow, Oberkommandierender der russischen Kriegsflotte, gibt bekannt, dass fünf bis sechs Kriegsschiffe ständig im Mittelmeer präsent sein werden.
19.03.2013	Viktor Taranin, Duma-Abgeordneter der KPRF, gibt sein Abgeordnetenmandat auf – »wegen der schwierigen Situation im russischen Agrarsektor«.
19.03.2013	Die russische Staatsduma verabschiedet in Dritter Lesung ein Gesetz, das die Verwendung von Wörtern der Vulgärsprache in Massenmedien unter Strafe stellt.
19.03.2013	Das Strafverfolgungskomitee stellt das Untersuchungsverfahren wegen des Todes von Sergej Magnitskij in Untersuchungshaft mit der Begründung ein, es fehlten Hinweise auf ein Verbrechen.
19.03.2013	In St. Petersburg tritt eine Novelle zum städtischen Versammlungsgesetz in Kraft, die Versammlungen auf dem Newskij Prospekt, dem Isaaks- und Schlossplatz sowie in weniger als 50 Metern Entfernung von Behördengebäuden verbietet.
20.03.2013	Die Dumakommission für Abgeordnetenethik entzieht Dmitrij Gudkow (»Gerechtes Russland«) für einen Monat das Rederecht im Parlament und fordert eine öffentliche Entschuldigung. Ferner wird ihm die Aufgabe seines Dumamandates nahegelegt. Gudkow hatte an einer Konferenz in den USA teilgenommen, auf der er eine Zusammenarbeit zur Aufdeckung nicht deklarerter Vermögen und Besitztümer der russischen Elite angeregt hatte.
20.03.2013	Das Präsidium des Gebietsgerichts in Archangelsk verweigert Platon Lebedew, dem ehemaligen Miteigentümer von »JUKOS«, eine Haftentlassung auf Bewährung. Am selben Tag fordert das russische Oberste Gericht die Urteile der beiden Strafprozesse gegen Michail Chodorkowskij und Platon Lebedew für ein Aufsichtsverfahren an.
20.03.2013	Präsident Wladimir Putin benennt Elwira Nabiullina als Kandidatin für den Posten des Vorsitzenden der Zentralbank.
20.03.2013	In Moskau nimmt eine zypriotische Delegation, die der Finanzminister der Insel, Michalis Sarris, anführt, Gespräche mit der russischen Regierung über mögliche Finanzhilfen für Zypern auf.
21.03.2013	Im Menschenrechtszentrum »Memorial« in Moskau und einer Reihe anderer Organisationen führen Untersuchungsgruppen, denen Vertreter der Staatsanwaltschaft, des Justizministeriums sowie der Steuerbehörde angehören, Überprüfungen durch.
21.03.2013	Ministerpräsident Dmitrij Medwedew gibt einer Reihe europäischer Zeitungen ein Interview. Er erklärt unter anderem, dass Russland erst am Anfang der Entwicklung zur Demokratie stehe und noch einen langen Weg zu gehen habe.

Sie können die gesamte Chronik seit 1964 auch auf <http://www.laender-analysen.de/russland/> unter dem Link »Chronik« lesen.

Die Russland-Analysen werden von der Alfred Krupp von Bohlen und Halbach-Stiftung und von Mangold Consulting GmbH unterstützt.



Alfred Krupp von Bohlen
und Halbach Stiftung

MANGOLD
C o n s u l t i n g

Herausgeber: Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde

Die Meinungen, die in den Russland-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Verantwortlicher Redakteur: Hans-Henning Schröder

Recherche, Übersetzungen und Sprachredaktion: Christoph Laug, Hartmut Schröder

Satz: Matthias Neumann

Russland-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann und Michael Clemens

Alle Ausgaben der Russland-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter www.laender-analysen.de

Die Russland-Analysen werden im Rahmen eines Lizenzvertrages in das Internetangebot der Bundeszentrale für politische Bildung (www.bpb.de) aufgenommen.

Die Russland-Analysen werden im Rahmen der Datenbank World Affairs Online (WAO) ausgewertet und sind im Portal IREON www.ireon-portal.de recherchierbar.

ISSN 1613-3390 © 2013 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-69600 • Telefax: +49 421-218-69607

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: <http://www.laender-analysen.de/russland/>

Kostenlose E-Mail-Dienste der Forschungsstelle Osteuropa und ihrer Partner auf www.laender-analysen.de



Die Länder-Analysen bieten regelmäßig kompetente Einschätzungen aktueller politischer, wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Entwicklungen in Ostmitteleuropa und der GUS. Sie machen das Wissen, über das die wissenschaftliche Forschung in reichem Maße verfügt, für Politik, Wirtschaft, Medien und die interessierte Öffentlichkeit verfügbar. Autoren sind internationale Fachwissenschaftler und Experten.

Die einzelnen Länder-Analysen werden von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde jeweils mit unterschiedlichen Partnern und Sponsoren herausgegeben.

Die Länder-Analysen bieten regelmäßig Kurzanalysen zu aktuellen Themen, ergänzt um Grafiken und Tabellen sowie Dokumentationen. Zusätzlich gibt es eine Chronik aktueller Ereignisse.

Belarus-Analysen

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Caucasus Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/cad/>

Polen-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Russland-Analysen

Erscheinungsweise: zweiwöchentlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Russian Analytical Digest

In englischer Sprache. Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: <http://www.res.ethz.ch/analysis/rad/>

Ukraine-Analysen

Erscheinungsweise: zweimal monatlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de

Zentralasien-Analysen

Erscheinungsweise: monatlich

Abonnement unter: zentralasien-analysen@dgo-online.org

Bibliographische Dienste

Die Bibliographien informieren über englisch- und deutschsprachige Neuerscheinungen zu Belarus, Polen, Russland, Tschechischer und Slowakischer Republik, Ukraine sowie zu den zentralasiatischen und kaukasischen Staaten. Erfasst werden jeweils die Themenbereiche Politik, Außenpolitik, Wirtschaft und Soziales.

Erscheinungsweise: viermal jährlich

Abonnement unter: fsopr@uni-bremen.de